

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6483  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

**Inhalt:**

Rückblicke auf das Jahr 1909. II. (Unsere Organisation.) — Sollen Gemeindebetriebe Ueberwälte bringen? — Unsere Forderungen in Berlin. I. — Königsberger Sozialpolitik. — Das Verhalten der Stadtverwaltung Potsdam gegenüber ihren Arbeitern und Unterangestellten. — Sozialpolitisches aus Hildesheim. — Brief aus Varmen-Elberfeld. — Wasserbauarbeiter. — Forderungen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Rückblicke auf das Jahr 1909. II. Unsere Organisation.

Während wir in früheren Jahren darüber zu klagen hatten, daß die statistischen Ämter der Gemeinden für ihre eigenen Betriebe anscheinend wenig Interesse zeigten, da nur ganz vereinzelt über Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter etwas veröffentlicht wurde, hat sich das im letzten Jahre gewaltig gewandelt. Ja, wir möchten fast als hervorragendes Charakteristikum des Jahres 1909 vom Standpunkt unserer Organisation bezeichnen: die ungeheure Fülle statistischen Materials über die Lage der Gemeindearbeiter Deutschlands.

Wir haben versucht, in der „Gewerkschaft“ das umfangreiche und hochinteressante Material dieser Veröffentlichungen zu meistern, sei es durch eingehende Besprechungen und kritische Erörterungen, sei es durch größere Auszüge der wichtigsten Details. Insbesondere ist Band 9 und 10 der „Beilage zur Arbeiterstatistik“ wiederholt von uns herangezogen worden. Und wenn die Kollegen auf diese Weise auch etwas viel mit Zahlen geplagt worden sind, so war das doch unerlässlich.

Nicht so gründlich konnten wir die zahlreichen Veröffentlichungen des „Vereins für Sozialpolitik“ behandeln, soweit sie sich auf einzelne Städte beziehen. Hier haben öffentlich die beteiligten Gauleiter und Ortsverwaltungen ergänzend eingeseht. Wir möchten übrigens bei dieser Gelegenheit die dringende Mahnung an alle unsere Kollegen wiederholen, solchen statistischen Darlegungen nicht nur die größte Aufmerksamkeit zu widmen, sondern auch bei den von seiten unserer Organisation ausgegebenen Fragebogen usw. den Funktionären und Vertrauensleuten Hilfreich zur Hand zu geben durch gewissenhafte Beantwortung der unterbreiteten Fragen usw. Wohl können unsere eigenen Verbandsstatistiken, soweit sie im Notizkalender usw. Verwendung finden konnten, bei weitem nicht so umfangreich oder auch so eingehend sein als das bislang herausgekommene amtliche oder stadtstatistische Material. Dennoch ist diese Arbeit von großer Wichtigkeit für uns, weil die von uns ausgenommenen Anfragen usw. naturgemäß die uns am meisten berührenden Dinge in erster Linie berücksichtigen.

Außerdem dient unser Material oftmals als notwendige Korrektur der von anderer Seite behandelten Fragen, weil der Standpunkt der Arbeiter nicht selten von der „offiziellen“ Auffassung abweicht, bezw. die schönschmeißerische Tendenz dieser oder jener Stadtverwaltung ins rechte Licht gerückt werden muß. Ziehen wir also aus diesen Darlegungen wie auch aus den zahlreichen Veröffentlichungen die Lehre, daß unsere Statistik einer ganz erheblichen Erweiterung bedarf. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn alle Mitglieder und besonders alle Funktionäre prompt und zuverlässig daran mitarbeiten, was bislang sogar von einigen größeren Filialen leider nicht genügend beherzigt wurde.

Wollen wir erkennen, wie die Entwicklung unseres Verbandes im verflochtenen Jahre sich gestaltete, so werden hierbei ein paar Zahlenvergleiche nicht zu umgehen sein. Stellen wir einmal das abgeschlossene 3. Quartal 1909 in Parallele mit dem gleichen Quartal des Vorjahres, so ergibt sich folgendes Bild:

3. Quartal	Filialen	Mitglieder	Einnahmen inkl. Bestand 1909.	Ausgaben 1909.	Vermögen 1909.
1908	101	98 457	409 314,80	106 140,42	301 174,44
1909	125	81 921	514 057,94	156 004,46	358 053,48

Ende 1909 zählten wir in 135 Filialen circa 82 000 Mitglieder.

Obenbin betrachtet, mag dieses Bild nicht ungünstig ausfallen, wenn wir indessen bedenken, wieviel Gemeindearbeiter noch zu organisieren sind, wie unsere Organisation in zahlreichen Gemeinden noch gar nicht oder erst ganz oberflächlich einleben konnte, so haben wir alle Veranlassung, für das Jahr 1910 die Agitationsfanfare zu blasen, d. h. die Aufriittelung der indifferenten Kollegenschaft mit ganzer Kraft weiter zu fördern.

Die Einrichtung eines Gaubureaus ist im Jahre 1909 nur in Augsburg vorgenommen worden, und es wird in Zukunft auch nur im äußersten Notfalle an eine weitere Teilung der Gaue gedacht werden können. Es kam auf dem Dresdener Verbandstag unzweideutig zum Ausdruck, daß mit der weiteren Anstellung von Beamten vorsichtig verfahren werden müsse, und es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß diejenigen, welche von der Einsetzung eines Gauleiters nun alles Heil erwarteten, in mancher Beziehung enttäuscht worden sind. Die gewerkschaftliche Organisation basiert in ihrer Weiterausdehnung eben in erster Linie auf den Arbeits- und Agitationseifer breiter Mitgliederkreise, und die einzelne Person, wenn sie freigestellt ist, vermag wohl manches, nicht aber den notwendigen Idealismus der Kollegen zu ersetzen. Das scheint hier und da außer Acht gelassen zu werden, und deswegen ist die Auffrischung dieser Winke Wahrheit wieder einmal angebracht. Wird gar den neu ein-



geickten Beamten nur die ganze Last von Kleinarbeit aufgebürdet. Sie bislang von der gesamten Ortsverwaltung ehrenamtlich geleistet würde, werden Eingaben usw. um die Kleinigkeit verlangt, nur weil es bequemer ist, als selber persönlich vorstellig zu werden, so gibt es einen überarbeiteten Beamten und eine unzufriedene Mitglieberschaft.

Die Weiterentwicklung unseres Verbandes bedingt es, daß der Verbandsvorstand als Verwaltungskörper mehr und mehr belastet wird, da wird es ohnehin notwendig, daß die Gauleiter z. B. in Masseniachen usw. die Zentrale unterstützen, wie das übrigens auch im neuen Statut vorgegeben ist. Hiermit wird aber wiederum ein Teil der Arbeitskraft des Gauleiters in Anspruch genommen, woraus sich ebenfalls die Notwendigkeit erhöhter ehrenamtlicher Mitarbeit ergibt. Nun stehen gegenwärtig freilich einige Filialen insofern in einer etwas verzwickten Lage, als ihr Mitgliederbestand rechnerisch einen Ortsbeamten noch nicht gestattet, während doch die circa 600-900 Mitglieder eine enorme Arbeitslast erfordern. Wir können aber bei dem reichen und gleichmäßigen Wachstum unseres Verbandes getrost damit rechnen, daß binnen kurzem diese Filialen „über den Berg“ kommen (900-1000 Mitglieder) und dann durch den schon nicht vorhandenen Ortszuschlag in der Lage sind, einen Ortsbeamten anzustellen. Möge aber auch dann das Obige beherzigt werden und jeder nach Maßgabe seiner Kräfte weiter mitarbeiten an den vielgestaltigen Aufgaben des Tages.

Unser Verbandstag im verflossenen Jahre ist von uns bereits eingehend gewürdigt worden. Wenn wir jetzt in aller Ruhe Rückblick halten, so darf wohl gesagt werden, die zähe, hartnäckige Ausdauer der Anhänger der Beitrags-erhöhung, die immerhin mit einem Teilerfolge gekrönt war, ist dem Verbands gewiß förderlich gewesen. Zwar war seinerzeit die Opposition der Überzeugung, daß „geschäftsförderungsgemäß“ in dieser Sache nicht ganz einwandfrei verfahren sei, und hierüber kann man schließlich verschiedener Meinung sein. Mit erfreulicher Disziplin aber ist in allen Filialen das Endresultat des Verbandstages in dieser Sache ohne großes Gemento akzeptiert worden. Und die Berliner Filiale hat mit ihrem jetzigen 50 Mk. Beitrag gleichfalls den Weg aus den nicht ganz wegzuleugnenden Schwierigkeiten gefunden, die in den örtlichen Verhältnissen wurzeln.

Es bestand nach unserer Meinung die Gefahr, daß die örtlichen Unterstützungen die zentralen dergestalt überwucherten, daß später recht nicht daran zu denken war, eine größere Beitragserhöhung durchzuführen. Denn es gehört nicht viel rechnerische Weisheit dazu, um herauszufinden, daß die Filialen mit großen Mitgliederzahlen wesentlich leistungsfähiger sind in bezug auf Unterstützungen als die kleinen oder selbst wie die Zentrale. Es darf also nach dieser kurzen Zeit des Inkrafttretens unseres neuen Statuts behauptet werden: Der Dresdener Verbandstag hat mit heiklem Bemühen gearbeitet, um das Richtige zu treffen, und er hat es annähernd getroffen!

Neben dem Verbandstage war es der **Kieler Kampf**, der dem Jahre 1909 für unsere Organisation seine historische Bedeutung gab. Zehn Wochen heißen, unentschiedenen Ringens mit der brutalen Kieler Stadtverwaltung von 548 Kollegen aller städtischen Betriebe! Erst als der achte Teil der Streitenden wankte (durch die raffinierte List der Stadtverwaltung besiegt), wurde der Kampf zugunsten der Stadtverwaltung entschieden. Unser materieller Sieg hing also nachweislich an einem seidenen Faden, und der moralische Sieg ist uns nicht nur von der gesamten Arbeiterpresse, sondern auch von weiten Kreisen der Sozialpolitiker umher bekannt worden. Eines noch verdient geschichtlich festgehalten zu werden: Das rege Interesse und der großartige Eifer mit unserer Kollegen von ganz Deutschland! Über 12000 Mk. stellten die Filialen dem Verbandsvorstand zur Verfügung. So konnten wir insgesamt circa 80000 Mk. für die Kieler Kollegen verwenden, wovon 11000 Mk. außerstatutarische

Ertraunterstützungen waren. Die Stadtverwaltung aber hat Hunderttausende eingebüßt und obendrein sich einen Ruf erworben für lange Zeit, um den sie niemand beneiden dürfte. Jedenfalls hat unsere Organisation alles getan, um eine Verständigung herbeizuführen, aber zu Seltenen lassen sich die organisierten städtischen Arbeiter nie und nirgends degradieren. Das mag manchem Stadtgewaltigen noch schwer eingehen, er wird sich aber darin finden müssen, selbst wenn er in Kiel seinen Wohnsitz hat.

Die Wiener Generalversammlung des „**Bereins für Sozialpolitik**“ war für unsere Organisation diesmal ganz besonders interessant durch die verschiedenen Referate über kommunalpolitische Fragen, über die wir uns gleichfalls berichtend und kritisch ausgelassen haben. Den Standpunkt unserer Organisation, wie er durch das Verbandsprogramm vorgezeichnet ist, vertraten die beauftragten Kollegen vom Verbandsvorstand. Zweifellos boten die Verhandlungen eine Fülle von Anregung, und der gute Wille der übergroßen Mehrheit dieser bürgerlichen Sozialpolitiker soll ohne weiteres anerkannt werden. Indessen „hart im Kamm stoßen sich die Dinge“. Mit anderen Worten: Die Stadtverwaltungen werden wenig geneigt sein, den Argumenten dieser „Kathedersozialisten“ die Praxis folgen zu lassen, so lange unsere Organisation und die einsetzende öffentliche Kritik durch die Arbeitervertreter, Presse usw. nicht alle Wunden springen läßt. Das betonen wir in Wien, und das unseren Kollegen hier zu wiederholen, dürfen wir nicht müde werden.

**Machtentfaltung und Erfolge hängen auch bei uns eng zusammen ab.**

Wir hätten bei unserer Jahresrückschau noch manches auf dem Herzen, aber alles zu seiner Zeit. Wenn wir noch flüchtig registrieren die zahlreichen Gaukonferenzen, den Anlaß einer Besserung in bezug auf die Organisation des Geis- und Pilegepersonals, die Abwehr gegen die Gasthener, so sind damit nur einige Punkte aus dem Vielerlei herausgegriffen.

Die geauerischen Organisationen haben im Jahre 1909 verweirte Anstrengungen gemacht, aber sie konnten nicht recht ankommen. Die „Christen“ kamen aus den inneren Wirren nicht heraus, und die „Dirische“ können ihre 7 oder 8 Straßenreiner Filialen nur dadurch erhalten, daß sie vor jeder Beitragserhöhung zurückreden und meist so viel Beitrag pro Monat zahlen wie unsere Kollegen pro Woche. Daß damit die Leistungsfähigkeit dieser Gruppe gleich Null ist, versteht sich am Rande. So bieten „unser Dirische“ daselbe trostlose Bild, was die S. D. Gewerkschaften überhaupt charakterisiert.

**Reich an Ereignissen, an Einzel- und Kleinkämpfen** war das Jahr 1909 für unsere Organisation.

Gewichtige Vorgänge haben sich abgepielt und es bleibt als erfreuliches Endresultat bestehen, daß wir wiederum ein Stück Weges vorwärts gekommen sind. Vorwärts gekommen durch Kampf und Arbeit! Vieles freilich bleibt noch zu tun übrig. Schreitet die innere Festigung unserer Organisation rüstig voran, so bleibt doch die Hartnäckigkeit vieler Stadtverwaltungen, die uns zu schaffen macht.

Wird uns das neue Jahr Frieden bringen? Ein Tor, der so fragen wollte. Wir leben im Zeitalter des Kampfes, des Massenkampfes, und es hängt von der Kampftätigkeit unserer Truppen ab, wie weit wir dem Feinde im neuen Jahre wiederum Boden abtrotzen. Das Wort des Dichters gilt auch hier:

So geht das Jahr zu allen Zeiten  
Uns nur des Kampfes Wechselspiel:  
Dem Menschen gleich im Fortwärtsschreiten,  
Der kämpfend nur gelangt ans Ziel.



### Sollen Gemeindebetriebe Uberschüsse bringen?

Diese Frage hat neuerdings den dritten Parteitag der Sozialdemokratie Preußens beschäftigt, und zwar gelegentlich der Beratung des Kommunalprogramms. Der Entwurf des letzteren (siehe Nr. 47 der „Gewerkschaft“) diente als Unterlage für die Verhandlungen. Auf Grund der in der Presse gemachten Ausstellungen an dem Vorentwurf trat die Kommission kurz vor dem Parteitag nochmals zusammen und schuf unter Berücksichtigung der gemachten Einwände eine neue Vorlage, welche dann vom Parteitage mit kleineren redaktionellen Änderungen angenommen wurde. Beim Kapitel Finanzwesen ist da gesagt, daß die Ausgaben der Gemeinden auch mit gedeckt werden sollen durch Erhebung von Gebühren für die Benutzung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden. Noch präziser festgelegt sind die diesbezüglichen Richtlinien für die Partei beim Punkt Wirtschaftspflege. Es heißt da: Alle gewerblichen Betriebe der Gemeinde, insbesondere Reinigungs-, Verkehrs-, Wärme- und Kraft erzeugungsanstalten, Lagerhäuser, Publikationseinrichtungen, sind der Privatanebenutzung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinden zu errichten und zu betreiben. Monopolpreise sind entschieden zu bekämpfen. Gegen mäßige Uberschüsse, die nur die Gebühr darstellen, ist nichts einzuwenden.

Um aber die Stellung der Partei richtig beurteilen zu können, ist es wohl notwendig, die Ausführungen der einzelnen Mitglieder in dieser Angelegenheit kennen zu lernen, denn sie bilden gewissermaßen die Deklaration dieser Sache. Wir wissen deshalb nachstehend die Aussprüche der Genossen, soweit sie diese Materie betreffen, folgen. Der Kommissionsreferent fürs Kommunalprogramm, Genosse Hirsch-Charlottenburg, erklärte:

„Sehr wichtig ist die Frage der Gebühren und der Uberschüsse. Es wurde uns zum Vorwurf gemacht, daß wir nichts über die Gebühren gesagt haben. Im ursprünglichen Entwurf hieß es: „durch mäßige, nur eine Gebühr darstellende Uberschüsse der Gemeindeunternehmungen“. Ich gebe zu, daß die vorgeschlagene Fassung nicht ganz klar war, und wir haben sie ja auch geändert. Aber Protest muß ich dagegen erheben, daß wir der Uberschüssigkeit das Wort redeten. Die Genossen, die das meinen, legen den Nachdruck auf das Wort „Uberschüsse“, während wir ihn auf das Wort „mäßige“ legten. Wir wollen der Uberschüssigkeit, namentlich der Monopolwirtschaft, ein Ende machen, aber wir meinen im Gegensatz zu Lindenmann, daß auch die Unternehmungen der Gemeinden mäßige Uberschüsse abwerfen müssen.“

Die städtischen Arbeiter fürchten, daß, wenn sie höhere Löhne fordern, die Gemeindebehörden ihnen sagen werden: wir können sie nicht bezahlen, weil wir Uberschüsse herauswirtschaften müssen. Ich halte diesen Einwand für ganz hinfällig. Wir mehr Recht könnte man doch sagen, wenn die Gemeindeunternehmungen überhaupt keine Uberschüsse abwerfen dürfen, werden die Gemeindebehörden sagen: Gerade deshalb können wir höhere Löhne nicht bezahlen! Aber die Frage, ob die städtischen Arbeiter auf diesem oder auf jenem Wege besser leben, muß hier überhaupt ausbleiben. Für diese Frage kommt es auf die Kraft und die Stärke der Organisation der städtischen Arbeiter an. Ist ihre Organisation stark, so werden die städtischen Arbeiter mit Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordneten imstande sein, höhere Löhne zu erzwingen; ohne eine starke Organisation aber werden ihre Löhne niedrig gehalten werden, gleichgültig, ob aus den städtischen Unternehmungen Uberschüsse herausgewirtschaftet werden oder nicht. (Sehr richtig!)

Ich glaube nicht, daß über die Frage, ob die städtischen Betriebe Uberschüsse herauswirtschaften sollen, überhaupt noch eine lebhafte Diskussion in der Presse sich erheben würde. Denn auf der letzten Gemeindevertreterkonferenz waren wir darüber einig. Genosse Vorkmann hat da das Referat gehalten und sich auf den Standpunkt gestellt, daß mäßige Uberschüsse, die nur eine Gebühr darstellen, berechtigt sind. Es ist Ihnen ja allen das Protokoll über die Verhandlungen zugefandt. Ich bitte Sie, namentlich die Ausführungen auf den Seiten 61-66 nachzulesen. In der Diskussion über das Referat Vorkmanns hat kein einziger Redner gegen die Anschauung von Vorkmann Widerspruch erhoben, so daß wir annehmen müßten, daß die Mehrheit einstimmig seinen Standpunkt teilt. Um so mehr wundern wir uns, daß nun plötzlich eine so lebhafte Debatte über diese Frage in der Presse eingeleitet hat.

Das Württembergische Programm hat die Fassung gewählt: „Die Art und Höhe der Gebühr soll im übrigen der Leistungsfähigkeit der Volksschichten angepaßt sein, die die kommunalen Einrichtungen benutzen.“ Diese Fassung stimmt überein mit dem, was wir in Bremen beschlossen haben. Aber ich glaube nicht, daß sie in der Praxis überall durchführbar ist. Die Kommission steht auf dem Standpunkt, daß für alle Aufgaben auf dem Gebiete

des Volksschulwesens und der Volksgesundheitspflege Gebühren überhaupt nicht erhoben werden sollen und daß im übrigen nur mäßige Gebühren erhoben werden dürfen. Wir haben, entsprechend diesem Grundsatz, die zwei Änderungen vorgenommen.“

Beim Abschnitt Finanzwesen wurde an Stelle der Worte: „durch mäßige Uberschüsse der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden“ gesagt: „durch Erhebung von Gebühren für die Benutzung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden“; beim Abschnitt Wirtschaftspflege ist einzuschalten: „Monopolpreise sind entschieden zu bekämpfen. Gegen mäßige Uberschüsse, die nur eine Gebühr darstellen, ist nichts einzuwenden“.

Seitens des Genossen Singer wurde zu dieser Sache folgendes erwähnt:

„Die Frage, die mich eigentlich veranlaßt hat, das Wort zu ergreifen, ist die Frage der Gebührenfrage bei städtischen Unternehmungen. Es ist ein alter Grundsatz, den wir, so lange wir in der Kommunalverwaltung arbeiten, immer vertreten haben, daß die gewerblichen Betriebe in städtischer Regie zu führen seien. Es ist sehr erfreulich, daß diese Frage immer weitere Kreise zieht und daß die Auffassung sich immer mehr geltend macht, daß die Gemeinden die Anstanz seien, die solche im allgemeinen Interesse betriebenen Unternehmungen auch materiell für sich in Anspruch zu nehmen haben. Aber ich möchte doch warnen, sich auf den Standpunkt zu stellen, der in einer Reihe von Anregungen eingenommen wird, daß nun diese städtischen Betriebe kostenlos ohne Uberschuss für die Gesamtheit arbeiten sollen. Ganz abgesehen davon, daß dies gar nicht geht, müssen wir davon festhalten, daß, so zahlreich die Beteiligung an der Benutzung dieser Unternehmungen ist, es doch immer nur ein bestimmter Teil der städtischen Bevölkerung ist, der diese Betriebe in Anspruch nimmt; der andere Teil der Bevölkerung ist zwar verpflichtet, selber anzugehen, von denen nur ein anderer Teil der Bevölkerung den Nutzen hat. Deshalb behaupten wir und haben diese Forderung seit 25 Jahren zum Ausdruck gebracht, daß diese Betriebe wohl in städtische Regie übernommen werden müssen, um den Nutzen, den das private Kapital aus der Ausnutzung von städtischen Straßen und Plätzen für sich in Anspruch nimmt, an die städtische Kasse abzuführen, damit auf der Grundlage dieser Einnahmen die kulturellen Zwecke der Kommunen besser erfüllt werden können. Dabei kann keine Rede davon sein, daß wir Monopolpreise nehmen wollen. Gewöhnlich versteht man doch unter einem Monopol die Möglichkeit, daß einer, ungehindert durch die Konkurrenz, möglichst viel Profit aus einem Unternehmen schlägt. Das kann nicht die Aufgabe der Städte sein; sie müssen immer im Auge behalten, daß die Betriebe, die sie in eigene Regie nehmen, auch im allgemeinen Interesse notwendig sind. Man muß den Wert der Leistung in Betracht ziehen, aber auch berücksichtigen, daß das Publikum nicht überwertet wird gegenüber der Privatindustrie. Wollte man dies alles programmatisch festlegen, so würden derartig komplizierte Berechnungen erforderlich sein, daß es einfach undenkbar wäre, sie wirklich auszuführen. Wir wollen doch durch die Schaffung unseres Programms nicht das Vertrauen zur Vermunft unserer Genossen beschämen. (Lebhafter Zustimmung.) Wir wollen lediglich, daß unsere Genossen unter Berücksichtigung der örtlichen und sachlichen Verhältnisse sich darüber klar werden, was bezahlt werden kann, und dafür sorgen, daß die Kosten nicht ins Unermessliche gehen, sie aber auf eine Formel festzulegen, das wäre die größte Torheit, ganz abgesehen davon, daß wir der Agitation für die Uebernahme dieser Betriebe in städtische Regie keinen besseren Vallen vorschreiben könnten, als wenn wir fordern würden, daß die städtischen Betriebe keinen Uberschuss zu machen haben! Ich kann nur bitten und wünschen, daß unser Kommunalprogramm in dem Sinne gefaßt wird, wie ich es hier ausgesprochen habe. Dann wird es seinen Nutzen nicht verfehlen.“

Von den anderen Rednern wandte sich besonders Genosse Eberle-Barmen gegen die Einführung des Satzes: „mäßige Uberschüsse“. Der Begriff sei seiner Meinung nach nicht faßbar. Genosse könne man das Wort „Monopolpreise“ nicht ableiten, denn solche könnten auch vorhanden sein, ohne daß Uberschüsse erzielt würden. Genosse Dikmann-Pannu polemisierte gleichfalls gegen die „mäßigen Uberschüsse“, da nach seiner Meinung die Vertreter von Volk zu Fall entscheiden müßten, um das Richtige zu treffen. Dabei sei stets zu berücksichtigen, ob die Betriebe gemeinnützlichen Zwecken dienen oder nur einzelnen der Vorteil zugute komme. Auch Genosse Thiele-Halle a. S. machte Einwendungen gegen die vorliegende Fassung des Programms und empfahl dafür einzuschalten: „Uebernahme gewisser Betriebe in städtische Verwaltung und geeignete Verwendung der Uberschüsse“. Ferner ersuchte Genosse Adler-Niel zu bedenken, daß die Städte durch Uberschüsse einer Reihe von Betrieben über Wasser gehalten werden müssen; es wäre deshalb ein Fehler, die Erträge aus den Betrieben, die nur einzelnen Gruppen zugute kommen, zu schmälern. In ähnlicher Weise äußerte sich Genosse Silberstein-Mirdorf. Er hob



... besonders hervor, daß selbst dann, wenn es technisch möglich wäre diese Einrichtungen als Heberschüsse arbeiten zu lassen, die Kosten doch auf die Allgemeinheit abgewälzt würden und so in letzter Linie doch immer die Arbeiter treffen. Der Kommissionsreferent verweist in seinem Schlußwort darauf, daß durch die Ausführungen des Genossen Singer die Frage der Erzielung von Heberschüssen aus gemeindlichen Betrieben im Sinne der Kommission entschieden sein dürfte.

Somit die Durchführung der einzelnen Punkte. Es ist nun wohl notwendig auch unsere Meinung zu dieser Frage zu äußern, und zwar speziell zu dem von Genossen Dirsch Angeführten. Demnach könnte es den Anschein gewinnen, als fürchten die organisierten städtischen Arbeiter durch die Einschränkung der Heberschüßwirtschaft bei gemeindlichen Unternehmungen eine Veeinträchtigung ihres Vorgehens im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dem ist aber nicht so. Unsere Kollegen rechnen vielmehr mit der Tatsache, daß Gemeindeverwaltungen, speziell Betriebsleitungen, bestrebt sind, hohe Heberschüsse aus den gewerblichen Unternehmungen herauszuholen. Auch ist schon mehrfach zu konstatieren gewesen, daß Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse unterblieben sind, weil Betriebsleiter glaubten, die Heberschüsse könnten geringer und ihre Position dadurch erschüttert werden. Bedauerlicherweise lassen sich selbst Stadtverwaltungen von solchen Erwägungen leiten. Dagegen haben wir als Organisation der Gemeindearbeiter anzukämpfen. Wir müssen hier, wie Genosse Dirsch mit Recht sagt, durch die Kraft und Stärke der Organisation der städtischen Arbeiter auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einwirken. Auf Grund dieses ist das Faktum nicht aus der Welt schaffen, daß der Widerstand der Verwaltungen gegen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter ganz bedeutend gestärkt wird durch in Aussicht stehende Herabsetzungen der Heberschüsse gemeindlicher Betriebe.

Für unsere Lohnbewegungen und für die Aufstellung unserer Forderungen kann keinesfalls die Höhe der Heberschüsse oder des Defizits der Gemeindebetriebe, sondern lediglich die wirtschaftliche Lage der Gemeindearbeiter maßgebend sein. Der Erfolg oder Mißerfolg unserer Kämpfe wird bedingt durch die allgemeine Lage, den Einfluß unserer Organisation und die Taktik der Organisationsleitung. Auch in den Kreisen der Gemeindearbeiter ist man mehr und mehr zu der Ueberzeugung gekommen, Lohnbewegungen sind nach dem Einfluß der Organisation einzuwirken. Selbst dieser, dann können bekanntlich unsere Freunde und Genossen in den Gemeindevertretungen nur wenig für die Hebung der Lage der Gemeindearbeiter tun. Der Druck von unten ist zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Das geht aus den Rechenschaftsberichten unserer Organisation wie der sozialdemokratischen Gemeindevertreter genugsam hervor. Daher erwächst uns die Aufgabe, den Nachdruck durch die Organisation noch zu vergrößern. Das haben wir bisher als unsere Pflicht gehalten und werden es auch in Zukunft tun.

In Würdigung all des Vorhergesagten sei noch darauf verwiesen, daß wir nicht im geringsten geneigt sind, der Heberschüßwirtschaft gemeindlicher Unternehmungen das Wort zu reden, sondern vielmehr im Allgemeininteresse bestrebt sind, solche Zuwüchse kommunaler Politik entschieden entgegenzutreten.

A. M.

### Unsere Forderungen in Berlin.

I.

Es ist hier an dieser Stelle wiederholt schon festgestellt worden, wie in Groß-Berlin gerade die Reichshauptstadt es ist, die unserer Bewegung mit kleiner Schwere anhängt und äußerst hemmend wirkt. Jeder Zoll breit Boden muß mit Ausdauer und Fähigkeit erkämpft werden.

An dem Angen um die Verkürzung der Arbeitszeit konnte im vorigen Jahre endlich wieder ein kleiner Fortschritt verzeichnet werden, indem in den Gas- und Wasserwerken, den Markthallen und der Tiefbauverwaltung der Neunstundentag zur Durchführung kam. Aber noch immer steht in diesem Punkte eine Reihe von Betrieben aus, so die Kanalisationswerke, die Park- und Garten- und die Hochbauverwaltung die Volksbadeanstalten, die Pflegeanstalten. An die Spitze der diesjährigen Forderungen ist daher hier die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden für alle im Tagdienst arbeitenden Handwerker und Arbeiter gestellt. In den kontinuierlichen Betriebszweigen der Kanalisation, der Wasser-

werte, Pflege- und Badeanstalten muß die von hygienischen und sozialen Gesichtspunkten aus nicht mehr haltbare Zwölfstundenschicht ebenfalls endlich fallen. Anfälle sind hier und da bereits vorhanden. So werden bei besonderer Hitze die Riechwerke alle 6 Stunden abgelöst — eine lose Restbe der Arbeitsregelung, die sich sehr leicht verwirklichen während der Wintermonate in die regelmäßige Achtstundenschicht umwandeln läßt. Viele Kollegen in der Straßenreinigung arbeiten auch jetzt längere Zeit nur noch 8 Stunden (Dreischichtsystem); das gleiche trifft für einen Betrieb der Volksbadeanstalten (Gerichtstraße 2). Die Unterschiede in Betrieben ganz gleicher Struktur, wie sie jetzt bestehen, sind unverständlich, so daß eine allgemeine Regelung unumgänglich ist.

Die Arbeitsverhältnisse des Warte- und Dienstpersonals in den Pflegeanstalten lassen teils jede Fortentwicklung vermissen, teils sind sie ungemein dürr. Wenn da eine so ungeheure, anerkanntermaßen äußerst schädliche Fluktuation des Personals in die Erscheinung tritt, so kann das bei der Beschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie mit dem Kost- und Logiszwang verbunden ist und leider durch nutzlose Maßnahmen milder vorgekehrt nicht selten unerträglich wird, nicht wundernehmen. Die Beseitigung dieses der Willkür Tür und Tor öffnenden Systems muß trotz der Behauptungen, daß die Eigenart der Betriebe dem entgegensteht, angestrebt werden. Abgesehen davon, daß solche Einwände überall erhoben werden, so einschneidende Reformvorschlüsse seitens der Arbeiter hervorzuheben, wird zweifellos auch hier die Praxis alle Bedenken zerstreuen. Am so mehr wird das Eintreten, als die Durchführung einer so langwierigen Tag- und Nachtschicht mit geringen finanziellen Opfern in den Berliner Anstalten möglich ist, weil ein gewisses Nachdienstsystem schon besteht und nur der besseren Ausgestaltung bedarf.

Von nennenswerten Lohn- und Lohnerhöhungen kann in den meisten Betrieben schon seit Jahren nicht mehr gesprochen werden, obwohl dem Berliner Magistrat die ganz bedeutenden Steigerungen in den Preisen der Lebensmittel und wichtiger Bedarfsartikel nicht unbekannt sein dürften. Reich, Staat und Kommunen haben dies berücksichtigt, indem durch erhebliche Erhöhungen der Beamtenbesoldungen ein Ausgleich zu schaffen versucht wurde. Für die Jahre 1908 und 1909 hat Berlin allein zu diesem Zweck 8 150 000 Mk. Mehrausgaben in den Etat eingestellt. Bei den Löhnen der Arbeiter ist nichts Derartiges in die Erhebung getreten; keinen Pfennig hat man für sie von den vielen Millionen übrig gehabt. Und doch leiden die Arbeiterfamilien am meisten unter der Teuerung. Brot, Kartoffeln, Pulver, Schmalz, Kleidung, Schuhwerk, Wohnungen — kurzum, alles ist ungeheuer im Preise gestiegen. Das kilo Samenmehl erhielt man im Juni 1907 zu einem Markthallenspreis von 1 Mk. pro kilo, im Juni 1908 stand dieser bereits auf 1,40 Mk. Die Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin haben festgestellt, daß während des ersten Halbjahres 1909 der Durchschnittspreis für Roggenbrot von 29,11 auf 31,31 Pf. und für Weizenbrot von 51,67 auf 53,47 Pf. pro kilo stieg. Wie unzureichend die Löhne der Arbeiter sind, kann der Berliner Magistrat mit Rechtigkeit ersehen, wenn er keine eigenen Statistiken etwas studierte. Nach den Verwaltungsberichten des Jahres 1907 aus den städtischen Irren- und Krankenanstalten wurden für die Verpflegung des Pflege- und Dienstpersonals

	pro Tag und Kopf
in der Irrenanstalt Taldorf	rund 1,10 Mk.
Herzberge	1,20
Buch	1,23
Anstalt Buhlgraben	1,14
im Krankenhaus Friedrichshagen	1,11
Noahit	1,23
Urban	1,13
Audolf-Birchow	1,26

oder im Durchschnitt rund 1,22 Mk. pro Tag und Kopf ausgegeben. Daraus ergibt sich für eine vierköpfige Familie ein wöchentlicher Aufwand für Lebensmittel allein von 26,02 Mk., d. h. sofern bei dieser ein gleich günstiger Großeinkauf und eine ebenso rationelle Oekonomie wie bei den bezeichneten städtischen Großbetrieben möglich wäre. Das ist natürlich ausgeschlossen. Rechnet man für Wohnungsmiete, Abgaben, Kleidung, Kurkosten, Lernmittel der Kinder usw. usw. den sehr bescheidenen Betrag von 10 Mk. wöchentlich hinzu, so fordert der Unterhalt rund 36—38 Mk. in der Arbeiterfamilie, ohne daß auch nur ein Pfennig für geistige und gesellschaftliche Bedürfnisse verbleibt. Stellt man dieser gewiß nicht identischen Rechnung ganz allgemein — ohne dabei an die Anfangslöhne von 3,50 Mk. (Parkverwaltung) und 3,75 Mk. zu denken — die gegenwärtigen in den städtischen Betrieben gezahlten Löhne gegenüber, so erhellt ohne weiteres deren völlige Unzulänglichkeit. Einige



verschwindend geringe Ausnahmen ändern daran nichts. Der solchermassen vorhandene Klaffende Gegenatz zwischen Soll und Haben muß Entbehrungen und Degeneration in der Arbeiterfamilie hervorgerufen. Diese Zustände haben durch die standalöse Reichsfinanzreform noch eine weitere bedeutende Verschlimmerung erhalten, indem jede Familie infolge der neuen Steuern mit mindestens 30 Mk. im Jahre neu belastet wird. Aus dem Dilemma bleibt für die Arbeiter nur die Lohnerhöhung übrig. Trotzdem steht Berlin in den Löhnen selbst den Provinzstädten nach, geschweige denn, daß Vergleiche mit der Privatindustrie möglich wären. In den Gaswerken werden auf Grund des Etats 1909/10 beispielsweise den Schlossern und Schmiederohlegeren bis zu 70 Pf. Stundenlohn gezahlt; nach dem Tarif im Rohrlegergewerbe für Berlin (gültig bis 1. September 1910) beträgt der Stundenlohn für Rohleger nicht unter 72½ Pf., für Helfer nicht unter 55 Pf., wozu noch eine Vaulage von 2½ Pf. pro Stunde kommt.

Es muß alles daran gesetzt werden, um dem Berliner Stadtkammerer endlich beizubringen, wie unhaltbar seine zugestandenen Maßnahmen von seinem Friseur stammenden Ansichten über die Lebensverhältnisse der Arbeiter sind; anderenfalls muß den letzteren endlich der Geduldsfaden reißen. So einwandfreie Forderungen, wie die in ihren Hauptgruppen nachstehend wiedergegebenen, muß bei einigem Willen jeder Reaktionsär anerkennen, auch wenn es der Sparkünstler Dr. Steiniger im Berliner Rathhause ist:

Gaswerke.	Anfangs- Stundenlohn Mk.	Jährliche Zulage Mk.	Hochst- Stundenlohn Mk.
<b>Innenbetriebe:</b>			
Hof-, Werkstatt-, Magazin-, Hilfs- arbeiter	25,50	0,90	30,00
Regulateure, Reinigungs- und Leer- arbeiter	27,00	0,90	31,50
Simonialfabrikarbeiter	29,50	1,20	34,50
Bediener vor den Defen, Mohlenlarer für Betriebe	30,00	—	—
Handwerker, Maschinenisten, Messel- beizer	26,80	1,80	37,80
Maurer, Betriebsmaurer	30,00	0,90	40,50
<b>Essentielle Beleuchtung — Kohren- system, Reibier-Inspektionen:</b>			
Arbeiter, Helfer	25,50	0,90	30,00
Standaufnehmer	27,00	1,00	32,00
Vorarbeiter, Wassertoppumper	29,50	0,90	33,00
Mohrdichter	26,50	1,50	36,00
Schlosser, Rohrleger, Schmiedeführer	29,50	1,80	37,50
<b>Zentralmagazin:</b>			
Hof-, Werk-, Magazinarbeiter, An- streicher	25,50	0,90	30,00
Schlosser, Schmiede, Zimmerer, Rohrleger, Werkzeugmacher, Ma- schinisten	28,50	1,80	37,50
Altempner, Gärtler	30,00	1,80	39,00
<b>Kanalisations- Verwaltung.</b>			
*Bayer, Kohlenlarer, Bassin- und Manalarbeiter	28,00	1,06	33,26
*Revisionsaufseher, Feizer	31,50	1,06	36,76
*Schmiede, Zimmerer, Rohrleger	30,00	0,90	40,50
Vorarbeiter, Ruffenmacher	27,00	0,90	31,50
Arbeiter der Lagerplätze und Haus- anschlüsse	25,50	0,90	30,00
Riefelwärter, Drainagearbeiter	24,00	0,90	27,00
* Diese Löhne sind für jeden Tage berechnet.			
<b>Wasserwerke.</b>			
Arbeiter	26,50	0,90	30,00
Meihröhler, Rohrlegergehilfen, Abklopper	28,50	0,90	33,00
Feizer, Bayer, Kohlenlarer, Filter- wärter	30,00	0,90	34,50
Mohrleger, Handwerker	33,00	1,20	39,00
<b>Strassenreinigung.</b>			
Arbeitsbüschen	18,50	0,80	—
Arbeiter	25,50	0,90	30,00
Vorarbeiter	30,00	0,90	31,50
Mechaniker, Motorsahner, Hand- werker	33,00	1,00	39,00
<b>Wieg- und Schlachthof.</b>			
Arbeiter	25,50	0,90	30,00
Handwerker	28,80	1,80	37,90
<b>Parkverwaltung.</b>			
Arbeiter, Parkwärter	24,00	0,80	28,50
Handwerker	28,50	1,50	36,00

### Königsberger Sozialpolitik.

In der Nr. 3 der „Gewerkschaft“ besprochen wir die Beschlüsse der Lohnkommission, die anstatt einer Lohnerhöhung für alle Arbeiter nur einer beschränkten Anzahl Familienzulagen geben wollte. Bedingung für den Bezug dieser Rente bildet eine zweijährige Beschäftigungsdauer in den städtischen Betrieben. Zu dieser Vorlage hat nun der Magistrat in seiner Sitzung am 19. Januar Stellung genommen. Die für die Arbeiter so schon undisputierbare Vorlage hat die genannte freisinnige Körperschaft noch weiter verschlechtert. Aus der zweijährigen Beschäftigungsdauer ist eine dreijährige gemacht worden. Auch soll die Zulage nicht für jedes Kind gegeben werden, sondern erst vom zweiten Kinde an. Der neueste Beschluß lautet jetzt:

„Jeder im städtischen Dienste länger als drei Jahre tätige verheiratete Arbeiter, der mehr als ein Kind besitzt, soll eine monatliche Lohnerhöhung von 8 Mk. und für jedes weitere Kind 3 Mk. bis zur Höchstgrenze von 21 Mk. monatlich erhalten.“

Wir haben bereits nachgewiesen, daß schon nach dem Vorschlage der Lohnkommission nur ungefähr die Hälfte der Beschäftigten etwas erhalten würden. Nach dem Vorschlage des Magistrats verringert sich diese so schon beschränkte Zahl Arbeiter noch weiter um wenigstens 30 Proz. Nach diesem Vorschlage würden von den 2000 Beschäftigten nur ganz wenige hundert etwas erhalten.

Mit diesem Vorschlage hat sich der Magistrat geradezu eine Verhöhnung der Arbeiter erlaubt. Die Vorlage steht aber auch in kräftigem Widerspruch zu den Versicherungen von Magistratsvertretern. Vor den Stadtverordnetenwahlen versprach man auch den städtischen Arbeitern Zulagen, die 200 000 Mk. kosten sollten. Kein Wort fiel davon, daß man dabei nur eine kleine beschränkte Anzahl Arbeiter im Auge habe. Die Öffentlichkeit hat es auch so aufgefaßt, daß alle Arbeiter Zulage erhalten sollen, und nunmehr kommt man mit diesem Wechselbalg von Vorlage. Die besagten Worte vor den Wahlen bedeuten geradezu eine Täuschung der Öffentlichkeit.

Wir sagten voraus, daß die Vorlage der Lohnkommission der Wut der Beamten Tür und Tor öffnen muß. Das Wasser mit scheint die Wichtigkeit unserer Angaben schon bestätigen zu wollen. Ein familienreicher Arbeiter wurde am 4. Januar krank und erhielt am 17. Januar seine Kündigung ins Haus geschickt. So wird es sicher noch vielen gehen, wenn die Vorlage angenommen wird. Die neu anzunehmenden Arbeiter wird man vielleicht auf ihren Kinderbetten hin prüfen, die schon beschäftigten allmählich ausmerzen, so daß der Stadt die Geschichte mit der Zeit immer billiger kommt und für die Stadtgewaltigen der Ruhm bleibt, „soziale Einrichtungen“ zu haben.

Auf Anregung der Gasdirektion, ausgerechnet der Gasdirektion, nahm die Lohnkommission eine Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses vor, indem zukünftig nur diejenigen Stunden bezahlt werden sollen, an denen tatsächlich gearbeitet worden ist, trotzdem in Königsberg Schichtlöhne gezahlt werden und die Ausführung des Beschlusses gesetzlich unzulässig ist. Das Tiefbauamt hat sich an die Ausführung des Beschlusses bereits heran gemacht. Da die Tage im Winter kürzer wie im Sommer sind und eine Lohnfürgung im Winter man auch nicht gut eintreten lassen kann, so müssen nach Meinung des Tiefbauamtes eben auch im Winter 10 Stunden gearbeitet werden. Dies macht man nun sehr einfach, nimmt den Kalender zur Hand, stellt Sonnenauf- und -Untergang fest und das andere findet sich.

Wir lassen die „Regelung der Arbeitszeit“, wie sich das Ding nennt, hier folgen:

Datum	Sonnen- Gang		Arbeitszeit von bis	Stun- denzahl	Arbeits- zeit Tages	Verhältnis Arbeitszeit zu Tages- Länge
15. März	5,57	5,88	6,00	0,00	12	1/2
15. Oktober	6,07	4,40	6,00	5 1/2	11 1/2	1/2
1. November	6,41	4,02	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
15. November	7,00	3,36	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
1. Dezember	7,38	3,16	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
15. Dezember	7,56	3,10	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
1. Januar	8,03	3,20	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
15. Januar	7,55	3,41	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
1. Februar	7,31	4,13	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
15. Februar	7,08	4,42	7,00	5 1/2	10 1/2	1/2
1. März	6,32	5,11	6 1/2	6,00	11 1/2	1/2

Ein echtes Bureaufkratzenstück, das beweist, daß die Sprossen wohlhabender Eltern anscheinend unfähig sind, körperliche Arbeit beurteilen zu können. Innerhalb 10 1/2 Stunden eine halbe Stunde Pause und die 10stündige Dienstzeit kommt heraus. Ob die Arbeiter das leisten können oder dabei körperlich zugrunde gehen



müssen, danach fragen diese Leute nichts. Wenn der oder die Fabrikanten obigen Nachwerts nur einen einzigen Tag mit Schippe und Hacke hantieren müßten, so würde es ihnen höchst lächerlich vorkommen, eine solche Arbeitszeit vorzuschreiben.

Ein gutes muß die Behandlung der städtischen Arbeiter durch die Stadtverwaltung hier nur haben. Um sich zu schützen, sind die Arbeiter geradezu gezwungen, sich zu organisieren. Die Maßnahmen der Stadtverwaltung sind das beste Agitationsmittel, um die Säumnigen aufzurütteln.

### Das Verhalten der Stadtverwaltung Potsdam gegenüber ihren Arbeitern und Unterangestellten.

Die „Verusfeuerwehr“, die nebenbei noch zeitweise als Müllfahnder, Sanifikationsarbeiter, Straßenreiniger und — Leibwache figuriert, gestattete sich, dem Magistrat eine Resolution zu unterbreiten, die sich mit der Forderung eines Arbeiterauschusses befaßt und nebenbei noch die Bitte enthält, die Verusfeuerwehr offiziell als solche zu führen.

In diesem Vorgehen erblickte der Magistrat eine „revolutionäre Handlung“ und sofort war das Schicksal des ganzen Feuerwehrcorps besiegelt. Sämtlichen Mannschaften floß der blaue Brief auf den Tisch. Offenbar witterte der Magistrat eine rote Flut, die Potsdam in seinen Grundfesten erschüttern könnte und deshalb hieß es: Schnell gehandelt! Angeordnet des §. 152 der Gewerbeordnung, der die Koalition der Arbeiter gesetzlich gewährleistet, wird in dem Kündigungsschreiben kurz der Austritt aus dem Verbandsgefordert, anderenfalls das Dienstverhältnis für jeden, der sich dieser Anforderung nicht fügt, als gelöst zu gelten hat. Dabei sind diese Leute nicht etwa einer modernen Organisation, sondern dem „Verbande deutscher Feuerwehrlente“ angeschlossen gewesen! Die Devise des Magistrats ist demnach: Unterdrückung jeder Koalition, ganz eierlei, welche Tendenzen diese auch haben mag. Bemerkenswert ist hierbei nur der Umstand, daß man mit dieser Vergewaltigung des Gesetzes gewartet hat, bis die Stadtverordnetenwahlen erledigt waren. Hat doch weder der Oberbürgermeister noch der Magistrat vor der Wahl auch nur eine Andeutung gemacht, als wären sie mit dem Zusammenfall der Feuerwehr nicht einverstanden. Diese genoss vielmehr die Sympathie der Stadtverwaltung, wurde ihr doch im Feuerwehredepot ein Vokal zum Abhalten von Versammlungen zur Verfügung gestellt. Aber der Rohr hat seine Schuldigkeit getan, nun kann er gehen. Uebrigens hat dieser Schreckenszug bei den Feuerwehrlenten keine Wirkung nicht verfehlt. Sie haben sich fast einmütig diesem Akt unterworfen und dem Verbands den Rücken gelehrt, was dann auch die Zurücknahme der Kündigung zur Folge hatte.

Inzwischen hat nun auch der Magistrat dem einen Wünsche der Feuerwehr Rechnung getragen, indem er wirklich einen Arbeiterauschuss zu schaffen beabsichtigt. Aus den Bestimmungen, die für diesen Gremium haben sollen, sei nur eine hervorgehoben. Sie lautet: „Als Ausschussmitglied kann nur gewählt werden, wer vom Magistrat oder dessen Bevollmächtigten vorgeschlagen ist.“ Wie es mit einem Arbeiterauschuss, der auf Grund solcher Bestimmungen gewählt wird, bestellt ist, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung.

Ein weiteres hübsches Seitenstück, das nicht minder erwähnenswert ist, spielte sich ebenfalls bei dem Feuerwehrcorps ab. Vor kurzer Zeit veranstalteten die Feuerwehrlente „Kowaves“ ein Vergnügen, wozu auch die Potsdamer Feuerwehr eingeladen war. Sie wurden auch alle hierzu beurlaubt. Anders jedoch kintete der Bescheid, als die Feuerwehrlente um Urlaub einliefen, einem verstorbenen Kollegen das letzte Geleit geben zu dürfen. Hier wurde ihnen eröffnet, daß das nicht gehe, da die Feuerwehr unbedingt auf dem Posten sein muß. Nur einige Mann wurden beurlaubt, um dem Begräbnis ihres Kollegen beizuwohnen. Aus den Nachbarorten Charlottenburg und Schöneberg waren ebenfalls Veruskollegen zur Beerdigung erschienen. Aber auch diese sollten nicht nach ihren Orten zurückkehren, ohne eine unerhoffte Täufung erlebt zu haben. Sie wollten sich, wie es nun einmal für jeden, der Interesse an seinem Verus hat, bei dieser Gelegenheit die Löschgeräte der Potsdamer Feuerwehr ansehen. Herr Brandmeister Edel ließ ihnen jedoch durch eine Erdemanz mitteilen, sie möchten sich lieber „was anderes“ ansehen.

Auch bei den übrigen städtischen Arbeitern wird versucht, den Organisationsgedanken lahmzulegen. Ob die Stadtverwaltung aber hier den gewünschten Erfolg haben wird, ist mehr als zweifelhaft. Die rigorose Behandlungswiese der einzelnen vorgeleiteten Organe hat eben bei den städtischen Arbeitern das Massenbewusstsein gestärkt. Sie wissen die „sozialen Fürsorgeeinrichtungen“ ihres Arbeitgebers richtig

einzuschätzen und lassen sich nicht so leicht auf den Leim führen. Unter denjenigen, die ihre Macht den Arbeitern gegenüber zur Geltung bringen, nimmt Herr Brandmeister Edel die erste Stelle ein. Alles was er auf irgend einem Umwege von seinen Arbeitern erfahren kann, es braucht auch nichts Frevelhaftes zu sein, läßt er diese in schärfster Weise fühlen. Die ihm unterstellten Arbeiter sind eben jeder Laune ausgesetzt. Die Arbeitsfreudigkeit wird jedenfalls bei den städtischen Arbeitern durch solche Maßnahmen nicht gehoben, auch dann nicht, wenn man sie zu einer Silvesterfeier einladet und ihnen Punsch und Pfannkuchen spendiert. Ganz besonders muß es aber Bestimmung unter den Müllmännern hervorrufen, wenn sie jeden Sonntag 2—4 Stunden zum Pferde- und Geschirrtappell herangezogen werden. Wir sind hier der Meinung, daß eine Stadtverwaltung, die bei jeder Gelegenheit ein „ordnungsfeindliches“ Treiben unter ihren Arbeitern wittert, auch die Pflicht hat, selbst Ordnung zu halten und ihren Arbeitern den ganzen Sonntag frei zu geben, sofern nicht kontinuierliche Betriebe und öffentliche Verkehrseinrichtungen in Frage kommen, die eine Freigabe ausschließen.

Aus dem hier Geäußerten dürfte wohl zur Genüge hervorgehen, welcher Geist in den Mauern Potsdams schwebt. Die städtischen Arbeiter in Potsdam werden also gut tun, sich bis auf den letzten Mann ihrer zukünftigen Organisation anzuschließen, nur dann kann dieser Willkürherrschaft Einhalt geboten werden. C. E.

### Sozialpolitisches aus Hildesheim.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Unternehmertum in Zeiten wirtschaftlicher Krise mit aller Macht daran arbeitet, die Löhne der Arbeiter zu reduzieren. Nicht so bekannt ist es, wenn auch schon nicht neu und selten, daß in den städtischen Betrieben mit den Arbeitern genau so verfahren wird. Wo die städtischen Arbeiter gar nicht oder nur sehr ungenügend organisiert sind, wird bald hier oder da der Versuch gemacht, die Löhne herabzusetzen. Diese Erfahrung mußten in letzter Zeit auch die Gasarbeiter in Hildesheim machen. Es tut niemals gut, zu viel auf Herrenworte zu trauen, sondern die Arbeiter sind besser daran, wenn sie den schönsten Worten von oben das größte Mißtrauen entgegenbringen. Eine gute Organisation bietet den Arbeitern doch etwas mehr und vor allen Dingen den besten Schutz vor allen Rückschlägen. Zu dieser Erkenntnis kommen immer mehr Arbeiter.

Als der jetzige Direktor des Gaswerks in Hildesheim vor einigen Jahren sein Amt antrat, sagt er zu den versammelten Arbeitern: „Ich will für euch sorgen wie ein Vater für seine Kinder.“ Bei der angeordneten und auch anerzogenen großen Bescheidenheit der Arbeiter war es nur zu natürlich, daß die Arbeiter diesen Worten glauben. Allgemein war die Meinung der Arbeiter so, bei einem derartigen fürsorglichen Direktor braucht man keine Organisation. Der Direktor hat demnach auch mit der Zeit seine väterlichen Pflichten so aufgeföhrt, daß Kinder überhaupt keinen Willen haben dürfen und der väterliche Wille über alles geht. Nur eines verurteilte dem Herrn Direktor Nummer, und das war die Unwissenheit. „Kommt zu mir, wenn ihr etwas habt“, sagte er zu den Arbeitern, „es ist nicht notwendig, daß immer alles in die Kammern kommt.“ Selbstverständlich sollte das nur der böse „Kollwille“ in Hannover von den Zuständen im Betriebe nichts erfahren. Daß die Arbeiter genau die Anweisung des Direktors befolgten, braucht hier wohl nicht noch besonders betont zu werden. Das hat nun auch einige Zeit ganz gut gegangen. Wenn die Arbeiter etwas hatten, gingen sie zum Direktor, und wenn sie wieder vom Direktor kamen, waren sie genau so klug wie zuvor, denn der Mann ließ keinen zu Worte kommen und es blieb alles beim alten. Die Arbeiter kamen aber schließlich zu der Erkenntnis, daß sie unter der Vormundschaft des Direktors der einzig leidtragende Teil waren und daß sie eigentlich selbst am besten darüber urteilen könnten, was ihnen nützt.

Im April v. J. hatte nun der Direktor mit den Arbeitern vereinbart, daß der Lohn bis April 1910 so bleiben sollte. Wie hat nun die Direktion dieses Abkommen mit den Arbeitern gehalten? Denjenigen Arbeitern, die nebenbei den Posten eines Laternenwärters bekleiden, werden seit dem 1. Dezember v. J. täglich zwei Stunden vom Lohne abgezogen, früher war das nicht der Fall. Den Arbeitern, die Feuerwache haben, wird eine Stunde abgezogen, was früher ebenfalls nicht geschah. Für Sonntagsarbeit, die bis Mittag dauerte, wurde der volle Tag bezahlt, jetzt erhalten die Arbeiter nur die Zahl der gearbeiteten Stunden bezahlt. An den Tagen vor den hohen Festtagen wird auf dem Gaswert nur bis Mittag gearbeitet, trotzdem wurde der volle Tag bezahlt. Die Schichtarbeiter, die gezwungen sind zu arbeiten, erhielten dafür eine halbe Schicht extra vergütet. Nun ist zwar die Arbeitszeit am Tage vor Weinachten



auch diesmal mittags beendet worden, aber dafür wurde auch nur die Zeit bezahlt, die die Arbeiter gearbeitet hatten, und die Schichtarbeiter erhielten für diesen Tag ebenfalls keine Extravergütung. So geringfügig die Summen für den einzelnen Arbeiter sind, die hier verloren gehen, so kann der Arbeiter doch unmöglich darauf verzichten, da die Einnahmen ohnehin viel zu gering sind und diese kleine Summe immerhin einen Bestandteil des Lohnes bildet. Was der Lohnausfall am Tage vor Weihnachten für die Arbeiter bedeutet, kann jeder objektiv Urteilende daraus ermessen, daß die Arbeiter durch die in die Woche fallenden Feiertage ohnehin eine ganz erhebliche Lohnminderung erleiden und die Weihnachtsfeiertage erlaubungsgemäß auch von den Arbeitern erhöhte Ausgaben fordern. Wie sind wohl diese Lohnabzüge mit dem Versprechen des Direktors zu vereinbaren? Daß es sich hier um Lohnabzüge handelt, wird auch wohl der Direktor nicht wegzudeckeln wagen. Die Arbeiter werden in Zukunft also gut tun, Verträge mit dem Direktor nur noch schriftlich abzumachen. Diese Lohnabzüge charakterisieren so recht die sozialpolitischen Ansichten des Direktors. Allein den Laternenwärtlern fehlen jetzt jede Woche 12 Stunden an Lohne. Dieser Lohnverlust ist jedenfalls ein sehr erheblicher. Aber selbst die kleinsten Schwankungen in den Einkommenverhältnissen der Arbeiter haben für den Arbeiterhaushalt sehr große Bedeutung. Wenn wir schadenfroh wären, könnten wir uns ja nur über diese Taktik der Direktion freuen, wenn es nur nicht für die Arbeiter einen so bitteren Beigeschmack hätte. Aber nur weiter so gehandelt, dann muß auch der letzte Arbeiter zur Bestimmung kommen und merken, wie notwendig eine Organisation für die Arbeiter ist. Das angebliche Wohlwollen für die Arbeiter, von dem die Herren bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schwadronieren, malt sich in den Köpfen dieser Leute ganz anders aus, als es für die Arbeiter gut ist.

Der bisherigen Taktik des Direktors, so nach und nach immer mehr vom Lohne abzubrodeln, muß seitens der Arbeiter ein energisches Paroli geboten werden. Darum ihr Säugigen und Gleichgültigen, aufgewacht! Laßt es bei der Aktion, die der Direktor auch erteilt hat, genug sein. Schützt euch vor späteren Uebergriffungen durch die Organisation.

### Brief aus Barmen-Elberfeld.

Seit zwei Jahren warten die Kollegen von Barmen nun schon auf eine allgemeine Arbeitsordnung. Immer wieder wurde von Seiten der Stadtverwaltung betont, daß diese in Arbeit sei. Die Kollegen von der Gasanstalt sowie die von der Stadtreinigung haben nun im letzten Jahre nochmals Eingaben eingereicht, um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Neben Lohnerhöhung werden Arbeiterausschüsse, die neunstündige Arbeitszeit für Tagesarbeiter und die achtsündige Arbeitszeit für alle im Schichtwechsel stehenden Arbeiter gewünscht.

Im letzten Frühjahr haben nun auch die Kollegen von Elberfeld eine Eingabe eingereicht, in welcher eine allgemeine Arbeitsordnung gewünscht wird. Ein diesbezüglicher Entwurf war beigefügt, in diesem wieder waren dieselben Forderungen enthalten, die die von den Barmener Kollegen gestellten. Am 14. Dezember d. J. endlich beschäftigten sich die Stadtverordneten von Elberfeld mit unserer Eingabe. Hierzu unterbreitete der Oberbürgermeister der Versammlung folgende Anträge: 1. den Antrag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Filiale Elberfeld, auf Erlass einer allgemeinen Arbeitsordnung durch die von der Verwaltung bereits angeordnete Uevertragung der für die gewerblichen Betriebe geltenden allgemeinen Arbeitsordnung auf die übrigen städtischen Betriebe für erledigt zu erklären, insbesondere die Anträge auf Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit, Bezahlung des ganzen Lohnes an Wochenfeiertagen, Zahlung der ganzen Lohn Differenz in Krankheitsfällen, Zahlung des vollen Lohnes an Verheiratete bei militärischen Übungen sowie Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Ruhegehalt und Witwen- und Waisengeld abzulehnen; 2. von der Bildung von Arbeiterausschüssen für die städtischen Betriebe mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Regelung dieser Materie durch die Novelle zur Reichsgewerbeordnung zurzeit Abstand zu nehmen."

Verschiedene Stadtverordnete konnten sich mit diesen Anträgen nicht befunden. Einer der Herren verlangte sogar, daß die Entscheidung von Arbeiterausschüssen sofort beschlossen werden solle. Nach langem Hin und Her wurde dann eine zweite Lesung der Angelegenheit beschlossen. Wenn man nun glaubt, die Sache sei in der nächsten Sitzung zur Beratung gekommen, dann irrt man gewaltig. In der nächsten Sitzung, die letzte im alten Jahre, aber

auch die letzte, an welcher keine Sozialdemokraten teilnahmen, hatte man weit "wichtigere" Sachen auf der Tagesordnung. Hier galt es vor allen Dingen die Gehälter der oberen Beamten zu erhöhen. Offenbar wollte man diese Sache regeln, ehe die verhassten "Noten" in das Stadtparlament einzogen. Nachdem unsere Angelegenheit noch einmal auf der Tagesordnung stand, aber nicht zur Beratung kam, wurde sie endlich am 18. d. M. verhandelt. Gleich eingangs der Beratung betonte der Herr Oberbürgermeister, daß dieselben Forderungen auch in Barmen zur Beratung stehen und daß von der dortigen Kommission der Wunsch laut geworden sei, man möge eine gemeinschaftliche Vorbereitung herbeiführen, um sich auf eine gemeinschaftliche Grundlag für beide Städte zu einigen. Mit Rücksicht darauf stellte er anheim, sich auf eine sachliche Beratung zu beschränken und von einer Beschlusfassung abzusehen.

Die Genossen Hoffmann und Lande vertraten die Forderungen der Arbeiter und brachten die soziale Rückständigkeit der Elberfelder Stadtverwaltung in das richtige Licht. Sogar die Stadtverordneten Dattwig und Vollmann waren in der Ansicht, daß die jetzt bestehende Arbeitsordnung beim Durchlesen den Eindruck erwecke, als wenn Rekruten die Kriegsartikel vorgelesen würden. Es wurde denn auch beschlossen, eine gemeinsame Beratung mit der Barmener Kommission abzuwarten. Der Antrag des Genossen Lande, den Kommissionsmitgliedern bestimmte Aufträge mitzugeben, wurde abgelehnt. Es ist also immer noch ungewiß, was nun eigentlich von der ganzen Sache übrig bleibt.

Wie liegen nun eigentlich die Verhältnisse? In Barmen gibt es nur Arbeiterausschüsse in den gewerblichen Betrieben. In Elberfeld gar keine. Eine Arbeitsordnung kennen in beiden Städten nur die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Die Beamtenwillkür nimmt in allen Betrieben überhand. Die beiden Städte hätten in erster Linie dafür sorgen müssen, daß Arbeiterausschüsse errichtet wurden, damit diese sich an der Festsetzung der Lohnsätze beteiligen konnten resp. hinzugezogen wurden. Oder wozu sollen diese sonst dienen? Arbeiterausschüsse müssen Rechte haben, müssen bei Beschwerden der Arbeiter, bei vorkommenden Mißständen, bei Lohn- und Arbeitsfragen gehört werden. Und nicht, wie es jetzt in Barmen der Fall ist, daß der Arbeiterausschuss wohl Wünsche der Arbeiter, aber keine Beschwerden vorbringen kann. Mit solchen Einrichtungen kann den Arbeitern nicht gedient sein. Sie verlangen nicht nur Pflichten, wie sie in den gegenwärtigen Arbeitsordnungen niedergelegt sind, sondern auch Rechte. Das jetzige System öffnet der Beamtenwillkür Tür und Tor. Vor allem muß eine Arbeitsordnung Bestimmungen besitzen, die den Arbeiter gegen ungerechte Entlassungen und Strafen schützen. Jetzt kann sich der Arbeiter durch Verneinen zu Protokoll rechtfertigen. Das heißt gar nichts, es ist kein Geheimnis, wie die Rechtfertigung oftmals aussieht. Heute ist der Arbeiter auf den Unterbeamten angewiesen, und was der tut, ist in den meisten Fällen recht. Es ist schon vorgekommen, daß ein Arbeiter entlassen wurde, weil er zu spät zur Arbeit gekommen sein soll. Nachträglich stellte es sich heraus, daß die Entlassung auf einem Irrtum beruhte. Der Mann wurde wieder eingestellt, hatte aber anderthalb Tage feiern müssen und — bekam nichts dafür. Es wäre für den betreffenden Beamten ein leichtes gewesen, das Namensverzeichnis nachzusehen, dann hätte er sich überzeugen können, daß der Mann rechtzeitig an der Arbeit war. Eine Reihe anderer Mißstände haben wir schon an dieser Stelle bekanntgegeben. Deshalb ist es recht und billig, daß auch die Unterbeamten ihre Stellung und Befugnisse in der neuen Arbeitsordnung angewiesen bekommen. Und dazu sind die Arbeitsordnungen beider Städte nicht angetan.

Der Urlaub kann ebenfalls sehr gut nach einjähriger Dienstzeit gewährt werden. Was in anderen Städten möglich ist, ist auch in Elberfeld und Barmen möglich. Man will doch sonst so sozial fortgeschritten sein. Warum nicht in Arbeiterfragen. Die neunstündige Arbeitszeit wird in Staats- und Kommunalbetrieben immer mehr eingeführt und auch diese beiden Städte werden dem Drängen der Arbeiter nicht lange mehr widerstehen können und den neunstündigen Arbeitstag doch einführen müssen, zumal wirkliche Mehrkosten daraus nicht entstehen.

Wie eine Verbesserung im Arbeitsverhältnis unbedingt geboten ist, ebenso nötig erscheint eine Lohnaufbesserung. Wer kann heute noch mit Löhnen von 3,50 M. und 3,00 M. wie meistens die Anfangslöhne sind, existieren? Würden wir alle die Herren, die am grünen Tisch über das Wohl und Wehe der städtischen Arbeiter beraten, fragen, ob sie mit einem Lohne von 4 M. täglich menschenwürdig leben können, dann werden sie wohl sagen, nein, das ist nicht möglich; d. h. wenn die Herren ehlich



sein wollen, woran wir allerdings nicht zweifeln. Mitbin sollte man heute keinen städtischen Arbeiter unter 4 Mk. Anfangslohn entlassen. In Elberfeld z. B. wurden Gehälter von 10000 Mk. aufgebessert, und zwar infolge der Teuerung der Lebensmittel. Wieviel mehr sind die Löhne der Arbeiter, die in den meisten Fällen nur 1000, 1100 und 1200 Mk. jährlich betragen, aufbesserungsbedürftig. Es wird nur abzuwarten sein, was die gemeinschaftliche Kommission der beiden Städte an das Tageslicht befördert. Bei dem Einfluss, welchen das Großkapital auf die Stadtverwaltungen besitzt, ist nicht viel zu erwarten.

Es wird aber an der Arbeiterschaft selbst liegen, was aus ihren Forderungen wird; an ihr wird es aber auch liegen, ob die Eingaben möglichst bald beraten werden oder ob sie nach einem Jahre noch auf derselben Stelle schlummern. Wir können deshalb allen uns noch fernstehenden Kollegen nur raten, sich schleunigh unserer Organisation anzuschließen, damit wir mit vereinten und stärkeren Kräften für unsere gerechten Forderungen eintreten können.

◆ **Wasserbauarbeiter** ◆

**Traunheim.** Die stiefmütterliche Behandlung der Wasserbauarbeiter in sozialer Beziehung macht diesen den Anstoß an die Organisation zur unbedingten Notwendigkeit. Im Mittel und Wege zu finden, wie eine Verbesserung herbeizuführen ist, fanden am 11. Januar in Trostberg und Traunheim zwei Versammlungen statt. Landtagsabgeordneter Hr. Schmitt hatte das Referat übernommen. Der reiche Beifall bezeugte, daß der Redner den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte. Unser Verband wurde hierauf beauftragt, eine Eingabe an den Landtag zu richten, über deren Einzelheiten sich die Kollegen in diesen Versammlungen einig geworden waren. Eine Anzahl neuer Mitglieder für den Verband und Abonnenten für die Arbeiterzeitschrift wurden gewonnen. Was sich die Herren Vorarbeiter oftmals herausnehmen, davon ein Beispiel. Vor einiger Zeit wurde eine Partie Arbeiter, welche schon länger beschäftigt ist, durch das Flußparlament in Traunheim nach Trostberg geschickt, wo sie sich beim Flußwart Scheuchler meldeten. Obwohl die Kollegen vom direkten Vorgesetzten Scheuchlers gefandt waren, stellte er ihnen nur Arbeit in Aussicht, wenn sie recht brav und fleißig seien; „einen dieser Arbeiter könne er überhaupt nicht gebrauchen“. Schließlich verlangte er, daß sofort mit der Arbeit begonnen werde. Darauf erklärten die Kollegen, daß sie doch erst etwas essen und sich nach einem Nachtquartier umsehen müßten. Das konnte der Herr Flußwart aber nicht begreifen, sondern bestand auf seinem Verlangen. Den Arbeitern blieb zuletzt nichts weiter übrig, als wieder zurück nach Traunheim zu fahren. Gelobt haben sich aber die Kollegen, fest und treu zum Verband zu halten und für dessen Ausbreitung zu sorgen, damit solchen Willkürlichkeiten jederzeit mit Erfolg begegnen werden kann.

◆ **Notizen für Gasarbeiter** ◆

**Kempten.** Wie wohl in den meisten Städten, hat auch hier das große Unglück, das sich in der Gasanstalt in Hamburg ereignete, Veranlassung zu einer Interpellation im Gemeindefollegium dahin gegeben, daß der Betrieb der hiesigen Gasanstalt auf seine Gefährlichkeit für Leben und Gesundheit inspektiert wird. Man darf gespannt sein, wie die Inspektion bzw. der Inspektionsbericht ausfällt. Es ist möglich, daß äußerlich in Erscheinung tretende Mängel entdeckt werden und man vielleicht auch die Wahrnehmung macht, daß die „Warnungstafel“ mit dem „Rauchen verboten“ nicht an dem Platz ist, wo sie hingehört. Ob aber das Arbeitsverhältnis in der Gasfabrik nicht auch eine Gefahr für Leben und Gesundheit bringen kann, das ist eine andere Sache, die kaum untersucht werden wird. Und doch sind die diesbezüglichen Zustände in der Gasfabrik sehr reparaturbedürftig. Fragen wir uns einmal: Wie kommt es, daß in der Gasfabrik heute nicht mehr Leute beschäftigt werden wie vor 10 Jahren, trotzdem viel höhere Anforderungen an den Betrieb gestellt werden und sich innerhalb 10 Jahren der Gasverbrauch wohl verdoppelt haben dürfte? Weil man eben an leitender Stelle keine Mächteren kennt und auf Kosten der Arbeiter immer höhere Heberdämme für den Stadtdruck zu erzielen sucht. Der hat es zwar notwendig, ihn ihm von dieser Seite etwas zu flucht, innerlich ist es nicht richtig, wenn sich deshalb ein Sparfüßler embückt, das sich einmal bitter rächen kann. Daß der Doppelschicht die meiste Zeit unachtsam ist, erklärt sich schon daraus, daß man keine eigenen Heizer dafür hat und dieser Vornam vom Überheber des Metortenbaues im Nebenamt ausgeführt wird, obwohl dieser an seiner Stelle genug zu tun hat und zum Teil die anderen zwei Heizer seine Arbeit im Metortenhaus mitmachen müssen. Die Heizer sind überhaupt unentschuldig engpässlich; bei einem Lohn von 3,70 Mk. haben sie Mündige Tag oder Nacht schicht. Die in der Taagschicht Arbeitenden haben, von der Arbeit

im Heizraum erhibt, vom Hof die Kohlen für die Nachtschicht nebenbei einzufahren; bringt das die Tagsschicht nicht ganz fertig, so hat die Nachtschicht selbst die Aufgabe, mit Handlarren die zum Gasmachen nötigen Kohlen vom äußersten Winkel im Hof heranzufahren. Das trifft dann meistens noch auf die Nacht, wo der Arbeiter sowieso schon 18 Stunden ununterbrochen zu arbeiten hat; das ist der sogenannte Schichtwechsel mitgehener, für den es auch nur 3,70 Mk. gibt! Einen vollständig freien Sonntag gibt es überhaupt nicht, eine Mündige Pause ist ganz ausgeschlossen. Trübs dem kennt man keinen Urlaub für die Arbeiter. Es geht das ganze Jahr gleich fort, ob Sommer oder Winter, ob Ostern oder Pfingsten! Dazu kommt noch die schlechte Behandlung, die den Arbeitern in der Gasfabrik von Seiten des Herrn Gasmeisters zuteil wird. Es hat oft mancher Strenger seine Gründe und entschuldigend einen Mann, der bestraft ist, seine Pflicht zu tun. Dem Herrn Gasmeister stehen aber Ausdrücke am allerwenigsten zu wie: „Ich lege einen neuen Boden“, „Ich stelle lauter Italiener ein“, „Dem, wo es nicht paßt, der kann gehen“ usw. Das sagt der Herr, der kein Recht zum Arbeiter Ein- und Ausstellen hat und zu Arbeitern, die 15 Jahre lang in der Gasfabrik ihre Pflicht erfüllt haben! Auch der neue Heizer, den er für die Arbeiter der Gasfabrik angehebt hat, wird nie zur Bedeutung gelangen. Dann möchten wir den Herrn Gasmeister auch fragen, wozu er die Strafgeelder, die er den nach Art des Meverses gestraften Arbeitern empfohlen hat, verwenden will. Die Arbeiter haben ein Recht zu wissen, was mit abgezogenen Strafgeeldern geschieht. Auch die Stadtverwaltung hat sich darum zu kümmern, denn erst kurz hat auch der Vauflührer zwei Arbeitern einen halben Tag abgezogen. Haben diese Funktionäre das Recht dazu und wo fliegen diese Strafgeelder hin?

◆ **Aus den Stadtparlamenten** ◆

**Falle a. S.** Der städtische Ortsausschuß beschloß die Einsetzung von Arbeiterausschüssen in den städtischen Betrieben und Zahlung von Ratszuschüssen an linderreiche städtische Arbeiter.

**Reichenbach.** In einem heftigen Zusammenstoß kam es in der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums zwischen dem Bürgermeister Dr. Polster und dem Gemeindevorsteher Leu (Soz.). Der letztere bemängelte, daß die Arbeitsträfte in der Gasanstalt, seitdem sie in städtische Regie übernommen worden sind, trotzdem sich die Arbeit vermindert habe, vermindert worden seien, was zur Folge habe, daß mitunter von Sonnabend früh bis Sonntag mittag, also 30 Stunden, gearbeitet werden müsse. Auch sei für die Arbeiter kein Vordammverbanden, so daß sich die Arbeiter nur in der Frühstücksstube waschen könnten. Es sei dieserhalb schon oft vorgelommen, daß Minder- und junge Mädchen in den Mann getreten seien, wenn ein Arbeiter gerade ganz entblößt dagesanden habe. Von Seiten des Bürgermeisters Polster wurden diese Artigkeiten „zum Teil“ als unwahr bezeichnet, auch hätten die Arbeiter kein Recht, ihre Beschwerden bei einem Stadtverordneten vorzubringen, sie hätten sich direkt an den Rat zu wenden. Auf wiederholtes Interpellieren hin mußte der Bürgermeister schließlich zugestehen, daß oft Doppelschichten von Sonnabend früh bis Sonntag mittag gemacht werden müßten; solches sei jedoch nicht zu umgehen! Des weiteren verkehrte sich der Herr Bürgermeister gegen die Schreibweise des „Soz. Volkst.“ und lehnte schließlich eine Aussprache mit einem sozialdemokratisch gesinnten Stadtverordneten ab. Diese Notiz, die wir der „Dressd. Volksztg.“ entnehmen, ist überaus leizendend für die Wällfür, die man sich an den Orten leistet, wo unsere Organisation noch nicht mit ganzer Kraft einsetzt.

**Weiba.** Die Stadt zahlt den städtischen Arbeitern, wenn diese alt sind oder ihre Kraft im Dienst der Gemeinde verbraucht haben, an Stelle einer Pension einen Zuschlag von 150 Proz. zur Invaliden- oder Altersrente. — Das ist leider eine Halbheit!

◆ **Aus unserer Bewegung** ◆

**Augsburg.** Am 16. Januar vorabtags fand im Gasthaus Wittelsbacherhof die ordentliche Generalversammlung statt. Zunächst be sprach Gauleiter Weigl die ab 1. Januar 1910 erfolgte Verbesserung unter den städtischen Arbeitern. Nach den Ausführungen des Referenten wurde auch einstimmig beschlossen, erneut mit einer Eingabe an den Magistrat sowie an das Kollegium der Gemeinde bevollmächtigt mit dem Wunsche herzutreten, daß 1. die in den allgemeinen Grundätzen enthaltenen, die Aufbesserung lindernder Mitteln gestrichen, und daß 2. die seitens unseres Verbandes eingeleiteten Anträge einer baldigen Verahung unterzogen werden möchten. Anschließend daran gab der Maschiner Mees den Quartals-, Stollen Weigl den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß sich der Mitgliederbestand seit dem 1. Januar 1909 bis zum 1. Januar 1910 von 95 auf 121 Mitglieder geboben hat. 3 Stollen gingen im Laufe des Jahres mit Tod ab. Der Massenbestand erhöhte sich von 66 Mk. 17 Pf. auf 78 Mk. 24 Pf. An Krankenunterstützung gelangt u



41. zur Auszahlung. In den weiteren Ausführungen gab Redner seinen kleinen Rückblick über die ziemlich reichhaltige Tätigkeit des verflossenen Jahres. Schon im Frühjahr hatten einige Kollegen eine Probe zu bestehen. Man mutete ihnen von Seite der Vorgesetzten zu, sie sollten beim Straßenbahnbau am Gesundbrunnen streikenden Kollegen in den Mägen fallen und dort Erreichtbar errichten. Diese Kollegen, die ihre Ehre nicht so ohne weiteres mit Schmutz befudeln wollten, lehnten dieses Anerbieten einmütig ab. Durch das Eintreten der Gauleitung mußten unsere Kollegen wieder auf ihre alten Plätze zurückbefördert werden. Außer diesem Vorgang traten die Kollegen im März in eine Lohnbewegung, wobei verlangt wurde, daß die Arbeitsordnung eine Abänderung erfahren solle. Neben den Abänderungsanträgen zur Arbeitsordnung wurden seitens des Verbandes noch weitere Anträge eingereicht, die sich mit der Schaffung einer Lohnskala sowie einer Versorgungsliste bezogen und eine baldige Einführung forderten. Freilich wurde nicht alles so glatt erledigt und genehmigt, wie wir es wünschten. Erreicht wurde nur die Lohnskala und Versorgungsliste. Wenn man vorerst mit der Versorgungsliste zufrieden sein kann, so weist aber die Lohnskala noch sehr viele Mängel auf, die einer dringenden Verichtigung bedürfen. Redner berichtete dann noch über die Eingabe vom 19. Oktober, in der für alle bis zum 1. Januar 1910 3 Jahre bei der Stadt beschäftigten Arbeiter die Auszahlung der nächsten höheren Lohnvorstufungsstufe verlangt wurde. Gleichfalls wurden sie unter dem 27. Oktober erneut an die städtischen Kollegen geleiteten Abänderungsanträge der Arbeitsordnung besprochen. Sind sie auch noch nicht erledigt, so werden wir dafür zu sorgen haben, daß diese Forderungen einer baldigen Beratung unterzogen werden. Dazu müssen auch die städtischen Arbeiter im neuen Jahre mit Hand anlegen, um alles um so eher zu erreichen. Kollege Weigl kam dann auf die Teilung des Hauses München zu sprechen und betonte, daß, wie den Kollegen bereits bekannt ist, am 1. September des verstrichenen Jahres ein weiterer Gau geschaffen und der Sitz nach Augsburg verlegt wurde. Dadurch wurde den Kollegen stark unter die Arme gegriffen. Ein reichliches Zusammenarbeiten mit der Gauleitung wird auch im neuen Jahre dazu beitragen, die Filiale Augsburg zu heben. Der Redner überdachte zum Schluß alle Anwesende auf, auch in diesem Jahre für die weitere Entwicklung des Verbandes zu sorgen und so mitzuwirken an der Verbesserung ihrer Lage, damit auch die Augsburger städtischen Arbeiter mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf die Stufe gehoben werden, wohin sie längst gehören. In den Ausblick wurden folgende Kollegen gewählt: H. Hummel 1. und H. Kastner 2. Vorsitzender, J. Nees Kassierer, J. Weiß 1. und R. Weller 2. Schriftführer, E. Schmeier, B. Gönig und A. Waldmann Revisoren. Als Gewerkschaftsdelegierte werden die Kollegen Ch. Weil und A. Kastner wiedergewählt. Hierauf wurde der frühere Kollege Wilt. Baumgärtner wegen Verletzung gegen § 6 unseres Statuts einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen.

**Berlin-Friedrichshagen.** Am 8. Januar fand im Lokal von ... die Generalversammlung unserer Sektion statt. Nach ... Mittellungen ersollte Kollege Böge den Vorstand ... Errikt. Es fanden im verflossenen Jahre statt: 4 Betriebs ... erjammlungen, 1 Mitgliederberjammlungen, 8 Vertrauensmänner ... ungen und 2 Gewerkschaftsberjammlungen mit Vortrag. Nach ... em H. Horn den Stassenbericht gegeben, erfolgte Neuwahl ... der Sektionsleitung und der Vertrauensmänner. Es wurden ... wählt: Böge, Vorsitzender, Horn, Kassierer, Peukert, Schrift ... hter, Holz, Dietrich, Markgraf und Eisenbauer zu Vertra ... ammlern und J. Siebert Kartelldelegierter.

**Berlin-Tegel.** Unsere Sektionsberjammlung, welche am 7. Januar stattfand, erledigte zunächst die Neuwahl des Sektions ... rstandes. Mit Ausnahme eines Beitragsammlers wurden ... le Funktionäre wiedergewählt. Kollege Timm hielt hierauf ... nen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Das Kommunal ... rogramm der preussischen Sozialdemokratie“. Eine Diskussion ... rüber fand nicht statt. Unter Verschiedenem wurden noch ... nige Angelegenheiten erledigt.

**Berlin-Weißensee.** Unsere fällige Sektionsberjammlung tagte am 14. Januar. Kollege Polenske referierte über: Die gewerkschaftlichen Bestrebungen der deutschen Gemeindearbeiter. Eine Diskussion über die mit allgemeinem Interesse aufgenommenen Ausführungen wurde nicht beliebt. Als Obmann der Sektion wurde Kollege Schneider, als Vertrauensmann der Straßenreiner Kollege Knieß und als Kartelldelegierter Kollege Schneider gewählt. Für etwaige Beschwerden wurde eine viergliedrige Kommission eingesetzt. Unter Verschiedenem wies Gemeindevertreter Genosse Peukert die Besichtigungen einzelner Arbeiter, daß ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation Nachteile erwachsen könnten, entschieden zurück. Eine Schmälerung des Konstitutionsrechtes der Arbeiter würde nie die Billigung der Behörden finden. Eine ebendiese Diskussion entspann sich über die Beschäftigung von vier Kollegen nach den Miesfeldern; kritisiert wurde, daß dies fast nur alle Arbeiter betroffen habe. Zu wünschen wäre, daß in Zukunft in derartigen Arbeiten in erster Linie die jüngeren und kräftigeren Kollegen verwandt würden. Ferner führten die Kollegen Klage über Herrn Swoboda, dessen Umgestaltungsformen den Arbeitern gegenüber viel zu wünschen übrig lassen. Die Leuthin erfolgte

Neuregelung der Löhne hat sehr wenig befriedigt. Abgesehen davon, daß es unverständlich erscheint, warum den Parkarbeitern und allen Arbeitern über 50 und unter 21 Jahren der Viermarklohn nicht gezahlt wird, ist doch für die Straßenreiner durch die Verrückung der 7. Schicht trotz der Lohnerhöhung ein Lohnausfall von 50 Pf. bis 2 Mk. pro Woche entstanden. Es sollen Verhandlungen stattfinden, um diese Verschlechterung zu beseitigen. Sorge jeder Kollege dafür, daß durch Stärkung der Organisation unserem Verlangen auch der nötige Nachdruck verliehen wird.

**Erfurt.** Ein Jahr Organisationsarbeit, aber leider ein solches ohne wesentlichen Erfolg für den Stand der Bewegung in unserer Filiale, mit dieser Anklage für die Kollegen am Orte mußte der Vorsitzende, Kollege Marx, die Generalberjammlung am 14. Januar 1910 eröffnen. Berjammlungen fanden 16 im verflossenen Jahre statt. Ausgeschlossen wurde ein Kollege wegen unsozialistischen Verhaltens. Die Mitgliederzahl betrug Anfang des vorigen Jahres 71, im Berichtsmonat 54. Unsere im April des vorigen Jahres gestellten Forderungen an die Verwaltung der Gasanstalten wurden leider von einem Teil der Kollegen, vor allem aber von den Installateuren, recht gleichgültig betrachtet. Möchten doch diese Kollegen endlich einsehen lernen, daß sie ebenfalls, wie jeder andere Arbeiter der Gasanstalt, unter dem wirtschaftlichen Druck schmachten. Die gut besuchte Berjammlung spendete dem Vorsitzenden für seine Ausführungen Beifall. — Kollege Berthold, Leipzig richtete ebenfalls mahrende Worte an die Berjammlung. Die anwesenden Kollegen versprachen, mehr denn je in Zukunft ihre Pflicht zu tun. Der Kassierer erstattete hierauf den Stassenbericht. Es erfolgte alsdann einstimmige Entlassung. Die vorgenommenen Neuwahlen ergaben: Marx, I. Vorsitzender, Luenzel, II. Vorsitzender, Lush, Kassierer, Kellner, Schriftführer, Demmig, Böhner, Wille, Köhler, Peiffer, Dölle, Zintrau und Thiem, Revisoren. Als Delegierter zur bevorstehenden Gauleitung wurde der Kollege Marx gewählt.

**Ehen.** Am 16. Januar tagte unsere Mitgliederberjammlung im Restaurant „Schmeller“. Nach kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden gab der Kassierer den Stassenbericht vom 4. Quartal v. J. Danach betragen die Einnahmen inkl. Stassenbestand 263,46 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf 45,15; an den Hauptvorstand wurden 82,46 gefandt, so daß ein Filialstassenbestand von 135,85 Mk. verbleibt. Krankenunterstützung wurde im Laufe des Quartals bezahlt: von der Hauptkasse 20,62 Mk., von der Filialkasse: 15,50 Mk., zusammen 36,12 Mk. Bei der Neuwahl des Filialvorstandes wurden der Vorsitzende, der Kassierer, der erste Beisitzende und die Revisoren einstimmig wiedergewählt. Neu gewählt wurde der Kollege Vertulius als Schriftführer und der Kollege Reimold als zweiter Beisitzer. Nachdem der Vorsitzende noch Bericht über den Verkauf der zwei ersten Arbeiterauschussungen erstattet hatte und die Kollegen ermahnt hatte, mehr wie bisher für den Ausbau der Organisation zu sorgen, wurde die Berjammlung geschlossen.

— Hieran anschließend wolle wir gleich noch einiges über die hiesigen Verhältnisse bringen. Belanntlich erhielten wir im April v. J. eine allgemeine Arbeitsordnung. Diese wurde jedoch in der Praxis so ausgelegt, daß sich eine Reihe Mißstände zeigten, gegen die die städtischen Arbeiter nicht angeben konnten. Der in der allgemeinen Arbeitsordnung vorgesehene Arbeiterauschuss wurde nicht errichtet. Die Folge davon war, daß eine Reihe Kollegen sich andere Beschäftigung suchten. Erst nach mehreren Berjammlungen und nach Einreichung einer Eingabe an die soziale Kommission wurde endlich die Ausschusswahl ausgeschrieben. Viele Kollegen glauben nun tatsächlich, daß der nun gewählte Arbeiterauschuss alles in kurzer Zeit ins richtige Gleis bringen könne. Wie liegen aber die Dinge? Der Arbeiterauschuss kann nur Anträge stellen, diese werden dann der sozialen Kommission überwiesen und die Arbeiter haben zu warten, was dann kommt. Beschlüsse fassen kann der Ausschuss nicht. Und das nennt man dann eine Arbeitervertretung. Die Stadtverwaltung kann sich aber ob ihrer Sozialpolitik rühmen, denn sie hat ja den städtischen Arbeitern eine Vertretung eingeräumt, wie diese ist und wie diese die Arbeiter vertreten kann, das ist Nebensache. Es kann deshalb nicht wundernehmen, wenn ein Arbeiterauschussmitglied von seinem Betriebsleiter gefragt bekommt: „Ihr könnt wohl Wünsche und Beschwerden vorbringen, das geht von Kommission zu Kommission und von Kommissionen zu Kommissionen, da vergeht ein halbes Jahr, dann kann ich Euch erst Bescheid sagen.“ Trotzdem ist verschiedenen Betriebsleitern die neue Einrichtung ein Dorn im Auge. Es ist diesen Herren nicht recht, wenn die Ausschussmitglieder die Wünsche und Beschwerden ihrer Mitarbeiter auf dem Rathaus vortragen. Ein Betriebsleiter ruft die in seinem Betriebe tätigen Ausschussmitglieder vor der offiziellen Sitzung zusammen und befragt sie nach ihren Wünschen, was ja ganz lobenswert wäre, wenn den Wünschen der Arbeiter entgegengetreten würde. Dies geschieht jedoch in den wenigsten Fällen. Ein Ausschussmitglied vom Fuhrpark hatte den Antrag eingebracht, mehr Leute als bisher an der Hebrmaschine zu beschäftigen, weil die dort beschäftigten Leute die Arbeit nicht bewältigen können. Am anderen Tage wurde er von seinem Betriebsleiter gefragt: „Na, was hat denn nun hier zu sagen, ich oder Sie?“. Es wurde ihm ferner bedeutet, daß er solche Anträge auf dem Rathaus nicht vorzubringen habe. Was soll nun



ein Arbeiterauschuss bei diesen Verhältnissen zustande bringen? Bei der letzten Sitzung ist nun wenigstens noch erreicht worden, daß die zuständigen Ressortchefs zu den zukünftigen Sitzungen herangezogen werden. Damit können doch die Wünsche, die der Begutachtung der sozialen Kommission nicht bedürfen, sofort geregelt werden. Der Vertreter der Kumpstation wurde von den dort beschäftigten Geizern beauftragt, für die achtstündige Schicht einzutreten, was dieser auch tat. Dieses Anliegen wurde auch dem zuständigen Betriebsleiter unterbreitet. Dieser befragte vier der Geizer in Gegenwart des Vertreters, ob sie die achtstündige Arbeitszeit wünschten, worauf alle vier Mann verneinten. Man sollte nicht meinen, daß so etwas möglich sein könnte. Erst beauftragen diese Leute ihren Vertreter mit dieser Forderung, und vor dem Betriebsleiter fällt ihnen das Herz in die Hoseln. Sie sind dann vollauf zufrieden und stellen einen Arbeiter, der schon lange Jahre bei der Stadt beschäftigt ist, einfach als Lügner hin. So etwas ist wirklich „Charaktervoll“. Es ist dies aber eine Warnung für alle Ausschussmitglieder; am besten sind nur solche Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen, die in Betriebsbesprechungen angebracht werden. Wer nicht in seine Versammlungen geht und Zeit dazu hat, hat auch kein Anrecht auf Verbesserung seiner Lage. Den übrigen Arbeitern aber rufen wir zu: Organisiert Euch, laßt allen Haber und Streit bei Seite, stärkt dadurch dem Arbeiterauschuss den Rücken, er ist dann auch in der Lage, für die Verbesserung eurer Lage einzutreten. In der Organisation erstarken wir zu einem großen Ganzen, in der Organisation vereint, wird und muß die Stadtverwaltung unseren Wünschen mehr Rechnung tragen.

**Freiburg.** Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Gauleiter Freißler gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr im allgemeinen, um dann auf unsere speziellen Verhältnisse einzugehen. Im verfloffenen Jahre fanden 11 Mitglieder-, 1 öffentliche und 2 Betriebsversammlungen statt. Es wurden ferner verschiedene Eingaben an den Stadtrat gerichtet zwecks Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. In den letzten Tagen des alten Jahres noch hatten wir uns mit dem Entwurf zur neuen Arbeitsordnung zu beschäftigen. Seit Errichtung der Filiale, Mai 1907, erstreckte sich unsere Bewegung nur auf das Gaswerk, wo erfreulicherweise die Kollegen bis auf vereinzelte unserer Organisation angehören. Es ist uns auch gelungen, den „Pier“ der Schichtarbeiter abzuschaffen, sowie auch annehmbare Lohn-erhöhungen zu erreichen. Im vergangenen Jahre gelang es, mit den Kollegen des Bauamtes in Fühlung zu kommen und eine Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht. Der Mitgliederbestand beträgt jetzt 42. Die Neuwahlen zur Verwaltung ergaben als Resultat: Lud. Doll, 1. Vorsitzender, Arthur Veischnor, 1. Kassierer, Max Dahn, 1. Schriftführer, als Revisor Eppisch, Böhm, Jungdahn, als Revisoren Grimmer und Hofmann. Mit einem Rathwort des Kollegen Freißler, im neuen Jahre emsig zu agitieren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Freiburg i. S.** Unsere Generalversammlung tagte am 16. Januar bei Geigle. Aus dem vom Kollegen Hoffmann gegebenen Bericht vom vergangenen Jahre ist folgendes zu entnehmen: In der Vorperiode fanden 16 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen sowie 8 Vorstandssitzungen statt. Das Wochenachtsbergnügen brachte ein Defizit von 41,88 Mk. Gerügt wurde die Verschleppung unserer Eingaben auf dem Rathaus, welcher Umstand besonders vom Gauleiter Bürker eine scharfe Kritik erfuhr. Der Kassenbericht weist leider kein Wachstum der Mitgliederzahl und des Kassenbestandes auf. Der neugewählte Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Hoffmann, 2. Vorsitzender Wild, 1. Kassierer Kadel, 2. Kassierer Herr, 1. Schriftführer Reiter, 2. Schriftführer Dreher, Reithner Berger, Hörtling, Rüllinger, Scheidert, Jädle und Albiez, Revisoren Stoffel, Jädle und Rüllinger, Bibliothekar Kaufhold. In das Gewerkschafts-tariff wurden Reich, Maier und Niedlinger delegiert.

**Orsis.** Bericht der ordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben: Es fanden statt 9 Mitgliederversammlungen, eine General-, 2 öffentliche und 6 Betriebsversammlungen; der Vorstand hielt neun Sitzungen ab. Je eine Eingabe erfolgte an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung. Der Erfolg derselben ist: Lohnaufbesserung sämtlicher städtischer Arbeiter pro Stunde um 1 Pf., beim Straßenreinigungsbetrieb um 2 Pf., Aufräder um 3 Pf. und Vorarbeiter um 4 Pf. pro Stunde. Das nicht mehr erreicht wurde, liegt an der Gleichgültigkeit der uns noch Fernstehenden. Die Jahresrechnung ergab an Einnahmen 714,13 Mk., Ausgaben 612,27 Mk., bleibt ein Faltbestand von 71,86 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 30, ausgeschieden sind zwei, davon einer gestorben, eingetreten im Laufe des Jahres 7, so daß am Jahresabschluss 41 Mitglieder zu verzeichnen waren. Gauleiter Kollege Freißler bemerkte hierzu, daß die hiesige Filiale, welche doch schon seit 1903 besteht, ein besseres Bild geben müßte, da immerhin die Zahl der beim Magistrat beschäftigten Arbeiter 400 betrage. Die Wahlen des Vorstandes zeitigten die Wiederwahl der bisherigen Kollegen, bis auf je einen

Revisor und Revisor, die neugewählt wurden. Unter „Verschiedenes“ wurden einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Mit dem Wunsche, daß im neuen Jahre jeder Kollege mehr agitatorisch tätig sein möge, um neue Mitglieder der Organisation zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Dalle a. C.** In der am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde vom Kollegen Lorenz der Jahresbericht gegeben. Die Organisationsfähigkeit während der Vorperiode war äußerst reger. Es wurden 11 Mitglieder- und 1 öffentliche Versammlung abgehalten. Betriebsbesprechungen fanden insgesamt 27 statt. Die Mitgliederzahl stieg von 150 auf 175. In die Lohnbewegung traten nur die Arbeiter des Bauamtes ein, jedoch ist über die Eingabe in den städtischen Kollegien noch nicht beraten worden. An Kleinlichen Kämpfen gegen die Organisation hat es im Vorperiode auch nicht gefehlt. So wurden zwei Kollegen wegen Verweigerung von Streikarbeit gemahnt. Zwei weitere Mitglieder wurden wegen Verbreitung von Handzetteln von der Polizei mit Strafmandaten belegt. Allerdings wurde das eine wieder zurückgezogen. — Die nach Entgegennahme des Vorstands- und Kassenberichts vollzogene Neuwahl des Filialvorstandes ergab folgendes Resultat: Lorenz, 1. und Schellenberg, 2. Vorsitzender, Müller, Kassierer, Daad, 1. und Luß, 2. Schriftführer, Kahnt, Wenzel und Onken, Revisoren. In das Gewerkschafts-tariff wurden Schellenberg und Jessing und in die Bauarbeiterschaftskommission Daad delegiert. Für drei in Not geratene Kollegen wurden je 10 Mk. bewilligt, ferner zahlte jeder der anwesenden Kollegen zur Unterstützung der Arbeitslosen 50 Pf.

**Hannover.** In der Generalversammlung vom 16. Januar ersetzte der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal 1909. Demselben ist folgendes zu entnehmen: Kassenbestand am Schlusse des 3. Quartals 817,85 Mk., Einnahme 133,45 Mk., zusammen 2213,30 Mk.; Ausgabe 400,31 Mk.; an den Vorstandsvorstand sind gesandt in bar 606,36 Mk., in Leittungen 224,66 Mk., zusammen 831,02 Mk.; bleibt in der Filiale ein Kassenbestand von 891,97 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Daraus erspartere der Vorsitzende den Jahresbericht. Er führte u. a. an, daß dieses Jahr besser abgelaufen sei, als das vorige, wie ja schon aus dem Kassenbericht zu entnehmen sei. Obgleich auch nicht alle Wünsche der Kollegen in Erfüllung gegangen seien betreffs der Lohnaufbesserungen. In der Diskussion machte Gauleiter Freißner noch einige anregende Ausführungen. Hierauf wurde dem Vorstand Decharge erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wieder erwählt, mit Ausnahme eines Revisors und des stellvertretenden Kartelldelegierten. An deren Stelle wurde der Kollege Fr. Brandes gewählt. Im „Verschiedenen“ wurde der Antrag angenommen, dem 1. Vorsitzenden 50 Mk. für seine Müheleistung zu gewähren.

**München.** Am 9. Januar fand im Gasthaus zur Krone, Mariakirchplatz, unsere Jahrgeneralversammlung statt. Aus dem vom Gauleiter F. Sebold gegebenen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre 26 Mitglieder (23 männliche und 3 weibliche) mit Tod abgingen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich im Laufe des Berichtsjahres von 1850 auf 2011, wobei noch besonders ins Gewicht fällt, daß am 1. April 1909 die Wochenbeiträge für männliche Mitglieder von 40 auf 50 Pf., für weibliche von 25 auf 30 Pf. erhöht wurden. Das Filialvermögen betrug am Anfang des Jahres 2819,31 Mk., am Schlusse desselben 6081,74 Mk. Im Laufe des Jahres wurden 1767,50 Mk. für Sterbegelder und 898,55 Mk. für Kranken-, Arbeitslosen-, usw. Unterstützungen — zusammen 1166,05 Mk. gezahlt. An besonderen Vorcommissionen ist zu berichten, daß mit der Direktion der städtischen Straßenbahn betr. der dort beschäftigten Straßenarbeiter eine Vereinbarung zustande kam. Für die übrigen städtischen Arbeiter wurden näher spezialisierte Forderungen eingereicht, wofür von den städtischen Kollegien unlangst 54000 Mk. genehmigt wurden. Ebenso kommen die Beiträge zur Versorgungskasse entsprechend einem Antrage des Verbandes in Wegfall. Neue Gruppen innerhalb des Verbandes bilden die Militär- und Theaterarbeiter, sowie die städtischen Arbeiter in Pasing, für die auch schon verschiedene Vorteile errungen werden konnten. Auch für die Münchener städtischen Arbeiter wurden außer den vorgenannten Erfolgen verschiedene weitere Vorteile erreicht, z. B. Beschaffung des Handwerkszeuges für die Handwerker des Stadtbauamtes durch den Magistrat. Die Verbandsleitung bearbeitet auch ein vom Arbeiterauschuss des Stadtbauamtes in Vorland gebrachtes Gesuch, um städtischen Arbeitern auch die Vorteile des sogenannten „engeren Dienstes“ zukommen zu lassen. Inwieweit diesem Rechnung getragen wurde, wird die nächste Zukunft ergeben. Mögen die Mitglieder dafür sorgen, daß auch im nächsten Jahre ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Die sich immer mehr häufende Arbeit innerhalb der Filiale bedingte die Anstellung einer weiteren Kraft, die von der Jahrgeneralversammlung auch beschlossen wurde. Kollege Julius Weich wurde ab 1. Oktober provisorisch für diesen Posten bestimmt und bei dieser Generalversammlung nach ziemlich lebhafter Diskussion mit neun Stimmenmajorität gewählt. In den Ausschuss wurden 11 Kollegen gewählt die sich wie folgt konstituierten: Vorsitzende Julius Weich und Math. Reif, Kassierer Michael Böckl, Schriftführer Josef



Eturm und Joseph Sebald; Revisoren Michael Brandt, Frid Köthenhauer, Max Pfalter; Revisoren Amalie Smörzinger, Anton Wittmann, Joseph Stöppmeier.

**Pirna.** Unsere Bewegung hier am Orte hat einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Mit Wirkung vom 1. Januar ist eine Lohnerhöhung in Kraft getreten. Die Löhne der Feuerleute wurden um 40 und 60 Pf. pro Schicht (12 Stunden) aufgebessert, sie betragen jetzt 4.— Mk. Die Handwerker (Schlosser) erhielten 20 und 30 Pf. Zulage pro Tag und die Hofarbeiter 10 Pf. Mit den Löhnen der letzteren dürfte sich das Stadivorordnetenkollegium ebenfalls nochmals beschäftigen. Die Laternenwärter hat man bisher leider gänzlich unberücksichtigt gelassen, aber gerade diese waren einer Zulage ganz besonders bedürftig. Jeder Laternenwärter hat 60 Laternen zu zünden, zu löschen und zu putzen. Das Räuschen der Glühkörper und Instandhalten der Apparate muß der Wärter ebenfalls mit versorgen. Anderwärts sind für diese Arbeiten besondere Leute vorhanden. Für alle diese Tätigkeit erhält hier in Pirna der Laternenwärter sage und schreibe fünfzehn ganze Reichsmark! Angesichts dieser minimalen Bezahlung war eine Lohnzulage wohl angebracht. Indessen ein wohlweiser Stadtrat vor anderer Ansicht, er meinte, die Laternenwärter hätten ja doppelten Wochenlohn, sie hätten ja so viel Nebenverdienst? Wo aber die Laternenwärter die Zeit hernehmen, um so viel Nebenverdienst zu erreichen, das bleibt Geheimnis des Stadtrates. Jedenfalls werden die Laternenwärter alles versuchen, dem Stadtrat eine andere Nebezeugung beizubringen. Durch unsere Bewegung haben auch die Arbeiter des Stadtbauamtes eine Lohnerhöhung erhalten. Leider haben uns diese Kollegen noch fern. Es muß deshalb im neuen Jahre unsere Aufgabe sein, die Kollegen für uns zu gewinnen.

**Regensburg.** Am 7. Januar fand im „Sasthaus zur Schillerlinde“ die Generalversammlung statt. Kollege Weigl sprach über das Thema: „Ist die Regensburger Invalidenunterstützungs-kasse der Umwandlung in eine moderne Versorgungs-kasse nach dem Muster anderer Städte bedürftig?“ Der Referent, der die verschiedenen Mängel und Härten beleuchtete, kam zu dem Schluß, daß auch die Invalidenunterstützungs-kasse Regensburgs eine Reorganisation erfahren müsse. Er forderte die Anwesenden auf, durch Beitritt in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zur Verwirklichung dieser Umwandlung beizutragen, was mit Beifall angenommen wurde. Hierauf wurde der Quartals- und Jahresbericht erstattet, aus dem hervorging, daß die Verhältnisse in der Filiale Regensburg zufriedenstellende sind. Die Mitgliederzahl stieg auf 68. Der Kassenbestand erhöhte sich gleichfalls auf 75,87 Mk. An Organisationsarbeit fehlte es im verflossenen Jahre nicht. Schon im Frühjahr wurde eine Eingabe an die beiden städtischen Kollegien geleitet, die für die städtischen Arbeiter Erleichterung mit sich brachte. Vorstellungen bei den zustehenden Behörden wurden ebenfalls notwendig, bei der außer den Arbeiterausschuhvertretern auf der Gewerkschaftsversammlung sowie die Teilnahme. Es wurde dadurch die Entfernungs-zulage für jene Kollegen, die nach Sollern in die Quellenfassungsanlage versetzt worden sind, erzielt. Die betroffenen Arbeiter erhielten pro Tag 30 Pf. wegen weiterer Entfernung mehr ausbezahlt. Allerdings ist dabei nicht jedes Kollegen Wunsch in Erfüllung gegangen. Auch in der Agitation sind wir in diesem Jahre auf neuen Boden gestiegen. Die Kollegen im Städtischen Elektrizitätswerk sowie das Theaterpersonal haben die Notwendigkeit einer Organisation eingesehen. Im erstgenannten Betrieb sind die Mehrheit der Kollegen jetzt bei uns organisiert, während die Kollegen vom Theater insgesamt der Organisation angehören. Alles in allem zeigt sich, daß es auch unter den städtischen Arbeitern Regensburgs vorwärts geht. Nachdem Kollege Weigl die anwesenden Kollegen ermahnte, auch im heurigen Jahre wieder fleißig mitzuarbeiten und neue Mitglieder werden zu helfen, damit um so eher der Anfang zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter gemacht werden kann, wurde zur Neuwahl des Ausschusses geschritten, die folgendes Ergebnis mit sich brachte: Raab erster, Sauerer zweiter Vorsitzender; Grünauer, Kaffierer; Gloder erster und Politisch zweiter Schriftführer; Peller, Förster und Lamböck Revisoren.

**Spanden.** Am 7. Januar hielten die Kollegen im Lokale Schubert ihre ordentliche Generalversammlung ab. Kollege Tapper gab einen ausführlichen Geschäftsbericht über das verflossene Jahr. Im Anschluß gab Kollege Junl den Kassenbericht. Aus beidem war zu ersehen, daß, wenn auch die Filiale keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen hat, doch die Mitgliederzahl sowohl als auch der Kassenbestand konstant geblieben sind. Den Bericht über die Verhandlungen des Startells gab Kollege Kurzhals. Die Neuwahl der Funktionäre ergab folgende Resultate: A. Tapper, 1. Vorsitzender, B. Pösch, 2. Vorsitzender, Junl, 1. Kaffierer, Schlicht, 2. Kaffierer, A. Schmidt, 1. Schriftführer, D. Kohn, 2. Schriftführer, Zuloch als Revisor, die Kollegen Hill und Ehler, Revisoren.

**Stettin.** (Berichtigung.) Bei der in Nummer 3 der „Gewerkschaft“ veröffentlichten Lohn-tabelle zum Artikel: „Die neue Lohnordnung für die städtischen Arbeiter Stettins“ hat sich ein be-

dauerlicher Irrtum eingeschlichen. Es muß da in der Rubrik Alterszulagen für die Gruppen A I bis V nicht heißen 10 beziehungsweise 9x jährlich, sondern 6x jährlich. Ebenso unter A I anstatt 7x nur 6x, unter A VI 5x anstatt 8x. Ferner gelten die früher schon bestandenen Zuschläge für Eisenarbeiter beim Schichtwechsel auch in der neuen Lohnordnung.

**Strasbourg.** Am 16. Januar tagte im Lokal „Aux Glode“ unsere diesjährige Generalversammlung. Den Kassenbericht gab Kollege Thomas. Hierauf ergriff der Gau-leiter zum Jahresbericht das Wort und beleuchtete unter Hinweis auf die verschiedenen Ertragsverhältnisse der Organisation im letzten Jahre die Tätigkeit der „Christlichen“ sehr treffend. Es werde nämlich unsererseits eine Eingabe betreffend Gewährung der — vorher schon bestandenen — Nachtessenzulage für die Straßenreiniger eingereicht, die von den „Christlichen“ fast wörtlich zu ihrem Gebrauch abgeschrieben wurde. Da sie nun dieselbe in ihrem Organ veröffentlicht, neigt man zum Glauben, daß sie der Mittwelt beweisen wollen, auch sie können schreiben. An Eingaben wurden 10 allgemeiner und 81 persönlicher Natur ausgefertigt. Außerdem senden im letzten Jahre 60 Versammlungen, Sitzungen usw. statt. Pokausgänge waren 1860 zu verzeichnen. Nach kurzer Diskussion wurde zur Neuwahl geschritten. Sie zeitigte folgendes Resultat: Vorsitzender J. Gabel und E. Diebolt, Schriftführer A. Gebhardt und A. Raumann, Kaffierer Chr. Thomas, Revisoren die Kollegen Siegf. Baumgartel, Peyer, Müller und Schneider. Revisoren die Kollegen Hermann, Lazarus und Dik. Kartelldelegierte Urban, von Büren, Diebolt und Gabel.

**Rundschau**

Aus den Parlamenten. Während im Reichstag am 17. Januar die Interpellationen über die Pensionsversicherung der Privatbeamten sowie die Unterstützung der Tabalarbeiter verhandelt wurden, trat es klar zutage, daß die Regierung nicht daran denkt, den arbeitslos gewordenen Tabalarbeitern in „weitgehendster Weise“ die beschlossene Unterstützung zu gewähren, sondern man knausert und drückt, wo man nur kann, wie besonders Geher (Soz.) an Hand zahlreicher Einzelsfälle nachwies. Die Drangsalierungen der Jugendorganisation wie auch der Gewerkschaften mittels des neuen „liberalen“ Vereinsgesetzes wurde am 19. Januar von den sozialdemokratischen Rednern trefflich gegeißelt. Alsdann kam am 20. Januar die zweite Beratung des Kustigetztes heran, wobei besonders Heine (Soz.) auf die Reformbedürftigkeit unserer Rechtsplege hinwies. Der Etat des Reichseisenbahn-amts wurde am 21. Januar verhandelt. Die Notwendigkeit, die Eisenbahnen von Reichswegen zu übernehmen, wurde dabei von sozialdemokratischer Seite besonders betont. — Das preussische Dreiklassenparlament hatte früher ohne Sozialdemokratie recht „idyllische“ Verhältnisse; die Kritik beim Etat war lau und für die Regierung wenig beunruhigend. Der alterschwache Freisinn liebt schon längst keine aufregenden Debatten mehr und die anderen Parteien — daß Gott erbarml! Diesmal war es Hirsch (Soz.), der etwas Leben in die preussische Parlamentsbude brachte. Seine Darlegungen verdienen besondere Beachtung, und wir können hier nur auf die Arbeiterpresse verweisen, die größere Auszüge brachte. Jedenfalls ist die Heilung des jetzigen Lebensversicherungssystems durch den Agrar- und Steuerwucher treffend gekennzeichnet worden. Am 10. Januar ließ sich sogar der preussische Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg etwas ausführlicher vernahmen. Er sprach über Polenpolitik gleich „allen meinen Vorgängern“, wie er sich nicht ganz mit Unrecht ausdrückte, d. h. auch er drückte sich um eine bindige und präzise Stellungnahme zu den Beamtenmassenregungen herum. Erst Liebknecht (Soz.) kennzeichnete in fulminanter Anklagerede am 21. Januar das preussische System der Drangsalierung, worauf v. Bethmann Hollweg nur eine leidend-lahme Antwort fand. Der 22. Januar brachte endlich die weitere Besprechung über den Fehenzwangsarbeitsnachweis im Ruhrrevier. Handelsminister Sydow volligte dabei über die wichtigsten Dinge hinweg und fand, daß der Staat getauft zu sein kann, wenn hunderttausende von Arbeitern der Willkür einzelner Grubenherren ausgeliefert sind. Erst Leinert (Soz.) rüttelte die ganze Willkür des Fehenzwangsarbeitsnachweises auf und meinte, Herr Sydow verdiene den Titel „Minister der Harmlosigkeit“, wenn er die Schäden des jetzigen Systems nicht erkennen könne. Groll ist die ganze Situation beleuchtet worden. Kögen die Arbeiter aus dieser Debatte die entsprechende Lehre ziehen.

Eine Demonstration städtischer Arbeiter in München. Die niedrigeren Löhne der gemeindlichen und staatlichen Arbeiter werden in der Regel damit zu begründen versucht, daß diese Arbeiter eben während des ganzen Jahres beschäftigt werden. Das wäre selbst dann noch falsch, wenn es wahr wäre, daß die Arbeiter dauernde Arbeit hätten. In München z. B. wird es nicht und mehr Mfus, alle städtischen Arbeiten möglichst im Laufe des Sommers zu erledigen. Am Herbst fliegt dann eine große Zahl von Arbeitern auf Pflaster. So war es trotz aller Be-



mühungen unseres Verbandes und unserer Rathhausvertreter auch buert. Immerhin gelang es, einige Notstandsarbeiten zu beschaffen, deren Finanzierung aber immer wieder verzögert wurde. Zu guter Letzt zogen etwa 150 städtische Arbeiter vor's Rathaus und fanden eine Kommission zum Oberbürgermeister. Genossin Magistratsrat Viri sowie Gauleiter Sebald wurden auch im Bauamt vorkontrolliert. Nunmehr sind fast alle wieder untergebracht. Bemerkenswert ist hier das eine, daß die Unorganisierten, die sonst von der Organisation nichts wissen wollen, doch froh sind, wenn seitens der Organisation für Abhilfe gesorgt wird.

Ein *Pias to*. Auf das Gesuch des Vorstandes der „Vereinigung städtischer Aufseher“ in Frankfurt a. M. um Verleihung der Beamteneigenschaft und um Einweisung derselben in die Gehaltsklassen VII und VI antwortete der Magistrat, daß er nach Prüfung der Verhältnisse und nach Würdigung aller Umstände sich nicht in der Lage sehe, dem Gesuch zu entsprechen. Die von den Geschichtlern behufs Wahrung der städtischen Interessen angestrebte Stärkung ihrer Autorität wird nach Ansicht des Magistrats am sichersten durch vorbildliche Pfllichterfüllung, persönliche Tüchtigkeit und korrektes Verhalten den unteren Angestellten gegenüber erreicht. Der Art ihrer Tätigkeit und der Bedeutung ihrer Stellung tragen die Vorstände der Arbeiterordnung und die Lohnordnung in hinreichendem Maße Rechnung. In letzterer sei auch Vorsorge getroffen, daß ihnen für die aus Anlaß dienstlicher Verpflichtungen entstehenden notwendigen besonderen Aufwendungen eine angemessene Vergütung zuteil werde. Aber auch wegen der *st o n s e g u e n z e n* sei es bedenklich, umfangreiche Arbeitergruppen aus der Lohnskala in das Beamtenverhältnis zu überführen, da — ganz abgesehen von der finanziellen Wirkung — eine solche Maßnahme geradezu zur Auflösung der Lohnklassen V, IV und III führen würde. Ob in Ausnahmefällen Stellung und Beschäftigungsart eines in Arbeitsverhältnis stehenden Bediensteten seine Anstellung in oder Entsprechung einer Beamten-Gehaltsklasse begründen, könne nur von Fall zu Fall entschieden werden. — Der Frankfurter Magistrat scheint also auch allmählich herauszufinden, daß das „Arbeiterbeamtentum“ eine recht fragwürdige Sache ist. Mag die verlausulierte Begründung auch ein klein Pflästerchen für die „strebernden“ Aufseher sein sollen, wenn sie ernstlich über ihre Lage nachdenken wollten, müßten sie gerade nach diesem Hinweis doch endlich dahinterkommen, daß sie sich nicht abseits von den Arbeitern zu stellen haben. Aber mancher lernt's nie.

Auch eine Wahlrechtsbetrachtung. Die „Arbeiterzeitung“ darf, wo alles liegt, allein nicht lassen. Ihre „Wahlrechtsbetrachtung“ leitet sie so ein: „Wer sich der Meinung hingibt, daß der Panzerrott der marxistischen Wirtschaftslehre dem Radikalismus der modernen Arbeiterbewegung Eintrag tun werde, der dürfte durch die Vorgänge der letzten Zeit eines Besseren belehrt worden sein. Gibt sich doch die sozialdemokratische Partei radikalere denn je, und auch im Gewerkschaftslager ist man himmelsweit davon entfernt, dem Streben nach einem vernunftgemäßen Interessenausgleich zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum auf dem Boden der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung irgendwelche Konzessionen zu machen. Das haben zu ihrem persönlichen Schaden alle die erfahren müssen, die, wie der Abg. Kaufmann, mit den Führern der Arbeiterbewegung in ein freundschaftliches Verhältnis zwecks Bildung eines Kartells der Linken zu kommen trachteten. Das tritt des weiteren ganz besonders insofern in die Erscheinung, als das zeitweilig einigermaßen gespannte Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften neuerdings wiederum einem herzlichen Einvernehmen aus Anlaß des Streites um das preussische Wahlrecht sowie um eine große Anzahl von sozialpolitischen Unterfragen Paß gemacht hat. Ja, es scheint sogar, als ob vorläufig auch zwischen den Radikalen und den Revisionisten zugunsten einer gemeinsamen Aktion hinsichtlich der berührten Angelegenheiten die Streitart Legazhen werden soll. Denn mögen die Wege verschieden sein: das Ziel, welches man auf diesen verschiedenen Wegen erreichen will und welches im sogenannten Erfurter Programm festgelegt worden ist, ist hier wie dort das gleiche. Angesichts dessen darf man auch ruhig behaupten, daß der *st a m p f u m* das preussische Wahlrecht, der gegenwärtig mit dem Aufgebot höchster Yungenkraft und ungeheurer Mengen von Tinte und Druckerwärke nicht nur in Preußen selbst, sondern auch seitens der nichtpreussischen Genossen deutscher Sprachzugehörigkeit geführt wird, nur Mittel zum Zweck ist.“ „Mensch, ärgere Dir nicht!“ möchten wir dem geplagten Goldschreiber des Kapitalismus zurufen.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Großeinlaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine fand am 17. Januar in Hannover statt. Ihre Einberufung erwies sich als notwendig, weil die Großeinlaufsgesellschaft verschiedene Bauten vorzunehmen hat, wozu die Generalversammlung ihre Einwilligung erteilen mußte, die statutenmäßig bei allen Punkten, deren Kosten höher wie 100000 Mk. sind, erforderlich ist. Die Großeinlaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine plant eine bedeutende Erweiterung des Verwaltungsgebäudes in Hamburg.

das sich schon jetzt als zu klein erwies, obwohl es erst Ende 1900 bezogen wurde. Zur Hauptsache ist dieses allerdings auf das Wachstum der Druckerei und Buchbinderei der Verlagsanstalt des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, die im gleichen Hause untergebracht sind, zurückzuführen. In Hamburg soll auch ein neues Lagerhaus errichtet werden mit vergrößerter Kaffeerösterei, Gewürzmühle u. a. m.; ferner bedarf das Lagerhaus in Mannheim dringend einer Vergrößerung, während in Gröba-Miesja aus dem Terrain der Seifenfabrik der Großeinlaufsgesellschaft ein neues Lagerhaus entstehen soll. Die Generalversammlung erteilte allen diesen Vorschlägen ihre Genehmigung. Außerdem sollte es nicht an Wünschen um Errichtung von Lagerhäusern an anderen Orten fehlen aber erst nähergetreten werden kann, wenn der Umsatz in jenen Gegenden so groß ist, daß sich ein Lager auch rentabel erweist. Nach Vornahme einer Erhebung in den Aufsichtsrat wurde die unsfälle auf dem Schlachtfeld der Arbeit geblieben.)

**Die Maschine.**

(9856 Tote und 133 109 Schwerverwundete sind nach den Berichten der deutschen Berufsgenossenschaften im Jahre 1908 durch Betriebsunsfälle auf dem Schlachtfeld der Arbeit geblieben.)

Ein gekräftigt Angeheuer,  
 Steht sie vor mir, die Maschine,  
 Daß ich ihr mit Leib und Leben,  
 Ihr mit Hirn und Knochen diene.  
 Ausgezehrt vom Verstande,  
 Daß der Aron sie uns entlaste,  
 Würde sie zum Häuerwerkzeug  
 Einer Unterwürdigkeitskaste.  
 Und sie spannt mich in die Fasse,  
 Stiehlt mir meines Lebens Saft,  
 Daß sie für die Kommonsproben  
 Pures, blankes Gold draus schlage.  
 Und sie raubt mir meine Straße,  
 Stanzt das Mark aus meinen Knochen,  
 Münzt zu Gold es für die Reichen,  
 Bis mir jäh die Kraft gebrochen.

Wirdet wie ein schleichend Untier  
 Tüchlich meine Ideale,  
 Daß ich auch noch mit dem Herzen  
 Bind den Unterwürdigern zahle.  
 Und zuletzt, mit Fingerringen,  
 Heißt mich selber sie in Ketten,  
 Daß mit meinem Blut und Hirne  
 Bände sich und Pleien nehen.  
 Andern bringt sie reiche Leute,  
 Doch für mich gibl's kein Entkommen  
 Ausgeflogen bis aufs letzte  
 Wird' ich von der Eisenhümmen.  
 Wann, o wann erscheint die Stunde,  
 Da sie uns zum Noble dienen,  
 De sie und zu Dolkern werden,  
 Die entleglichen Maschinen?  
 E. M. im „Edd. Pottision“

**Briefkasten**

K. Erfurt. Da bereits durch den Stoll. M. ein Bericht eingegangen ist, der Deine nun erledigt. Bitte sich in Zukunft vorher zu verständigen. B. Gr. I.  
 H. Königsberg. Wie Du siehst, war ich Dir willfährig mit der einen „Notiz“, die andere (gedruckte) ist durchgerastet. Frl. Gr. I.

**Totenliste des Verbandes.**

**Otto Klein, Berlin**  
 Gastwirt Müllerstraße.  
 Gest. am 19. Januar 1910 im Alter von 80 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!

**::: Filiale Rostock :::**

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Unterstühtungen von jetzt ab am Sonnabend von 12 bis 1 Uhr und abends von 6 bis 8 Uhr beim Kollegen Fr. Brinkmann, Burgwall Nr. 8 I, ausbezahlt werden. Die Ortsverwaltung.

**:: Filiale Rostock i. Meckl. ::**

**Achtung!** Am Sonnabend, den 5. Februar, abends präz. 8 1/2 Uhr **Mitgliedererversammlung** im Gewerkschaftshaus, Beguinenberg Nr. 10.  
**Tagesordnung:**  
 1. Vortrag, Referent Emil Werner Rostock. Thema: „Der Kampf der Arbeiter.“  
 2. Verschiedenes.  
**Kollegen!** In dieser Versammlung müssen alle Mann für Mann erscheinen, darum agitiert und sorgt für guten Besuch! Die Ortsleitung.